



swissfuture

Magazin für Zukunftsmonitoring

03/17

Zukunft der Demokratie

IMPRESSUM

swissfuture Nr. 03/17

Offizielles Organ der swissfuture
Schweizerische Vereinigung
für Zukunftsforschung,
Organe officiel de la Société suisse pour
la recherche prospective

44. Jahrgang

Herausgeber

swissfuture
Schweizerische Vereinigung
für Zukunftsforschung
c/o Büro für Kongressorganisation GmbH
Claudia Willi
Vonmattstrasse 26
6003 Luzern
T: +41 (0)41 240 63 33
M: +41 (0)79 399 45 99
future@swissfuture.ch
www.swissfuture.ch

Co-Präsidium:

Cla Semadeni, Dr. Andreas M. Walker

Chefredaktion

Francis Müller

Autoren und Autorinnen

Kacem El Ghazzali, Nicola Forster,
Daniel Kübler, Daniel Stanislaus Martel,
Yana Milev, Regula Stämpfli,
Maximilian Stern, Harro von Senger,
Nicolas Zahn

Lektorat und Korrektorat

Jens Ossadnik

Übersetzungen (Englisch)

James Rumball

Bilder

fotolia.com: Ingo Bartussek
wikimedia.org: Dying Regime

Bildredaktion und Layout

Andrea Mettler (andreamettler.ch)

Druck

UD Medien AG, Luzern

Erscheinungsweise

4x jährlich

Einzel exemplar

CHF 30.-

Mitgliedschaft swissfuture (inkl. Magazin)

Einzelpersonen CHF 100.-

Studierende CHF 30.-

Firmen CHF 280.-

Zielsetzung der Zeitschrift

Das Magazin behandelt die transdisziplinäre
Zukunftsforschung, die Früherkennung und
die prospektiven Sozialwissenschaften. Es
macht deren neuen Erkenntnisse der Fachwelt,
Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung
und Wirtschaft sowie einer interessierten
Öffentlichkeit zugänglich.

SAGW

Unterstützt durch die Schweizerische Akademie
der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW),
Bern. www.sagw.ch

00 1661-3082



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

der Glaube an die Demokratie ist seit dem Brexit und Trump nachhaltig erschüttert worden. Die einst laizistische Türkei wird aktuell von einem Autokraten zu einer islamistischen Theokratie umgebaut – und Europa schaut erstaunt zu. Populisten ergreifen die Macht: von den Philippinen über Indien bis nach Ungarn. Oder sie klammern sich an ihr fest – wie in Venezuela. Die Demokratie, die sich durch Partizipation von Bürgern und Bürgerinnen auszeichnet, ist ernsthaft in Gefahr. Und weil die Autokraten und Mächtigen-Autokraten (Trump) von Mehrheiten gewählt werden, führt dies zu einer grundsätzlichen Kritik an der Demokratie: Der amerikanische Politologe Jason Brennan etwa vertritt die These, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht informiert ist und grundlegende ökonomische Zusammenhänge nicht versteht – und sich entsprechend von Populisten verführen lässt. Und der belgische Historiker David Van Reybrouck konstatiert, dass Abstimmungen nicht demokratisch sind, weil viele ohnehin «demokratisch ermüdet» seien und sich von Wahlen fernhalten. Was ist los mit der Demokratie? Wie konnte sie in eine derartige Vertrauenskrise geraten, die alte Elitetheorien wieder neu aufleben lässt? Braucht es eine radikale Demokratisierung der Demokratie – oder einen «Rat der Weisen» im Sinne von Platon? Anders gefragt: Hat die Demokratie überhaupt eine Zukunft, wenn sich schon im Westen ein derartiges Unbehagen ausbreitet? In China baut ein diktatorisches Regime seit drei Jahrzehnten erfolgreich Mittelschichten. Ökonomische Prosperität setzt offensichtlich keine Demokratie voraus.

Umso wichtiger ist es, dass die Debatte über die Demokratie der Zukunft geführt wird. Unsere Autoren und Autorinnen beleuchten unterschiedliche Themen und Gesichtspunkte der Demokratie der Zukunft. Die Politologen Nicola Forster, Präsident des Think-Tanks «foraus», und Max Stern skizzieren in einem Zukunftsszenario, wie eine technologische Demokratieinfrastruktur unsere Gesellschaft von einer Meinungsdemokratie in eine partizipative Demokratie verwandelt. Das ist ein optimistisches Szenario. Ein eher pessimistisches entwirft der Politologe und Futurist Daniel Stanislaus Martel in seinem Beitrag: Er sieht in Big Data und den digitalen Spuren, die wir hinterlassen, ernste Gefahren für die Demokratie. Während die Digitalisierung in Europa und in den USA eher zu einem Unbehagen gegenüber der Demokratie führt, begünstigt sie in Gesellschaften in südlicheren Hemisphären – und das ist ein sehr interessanter Punkt – den Wunsch nach mehr Demokratie.

Diesen Gedanken nimmt Kacem el Ghazzali auf. Der Flüchtling el Ghazzali, der in Marokko einen atheistischen Blog betrieb und das Land nach Bedrohungen durch Islamisten verlassen musste, geht in seinem Artikel dem demokratischen Potenzial in der arabischen Welt nach. Als Grundproblem attestiert er, dass die arabische Welt die kollektiven Erfahrungen nicht gemacht hat, die eine Demokratie erst ermöglichen. Es fehlen die kulturellen und liberalen Revolutionen, die das Fundament bilden für Demokratisierungen von Gesellschaften.

Ein zukunftsrelevanter Punkt in den Auseinandersetzungen im politischen Feld besteht darin, dass sich die Akteure vermehrt haben: Es sind nicht mehr nur Parteien politisch aktiv, sondern auch NGOs und politische Kampagnenbewegungen, was sich sehr deutlich an den Akteuren im politischen Feld in der Schweiz zeigt. Eine solche ist etwa die «Operation Libero», die nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative aktiv wurde. Ihr Co-Präsident Nicolas Zahn, der Internationale Beziehungen studierte, denkt aus einer Insider-Perspektive – also aus

Operation-Libero-Sicht – über die zukünftige Rolle und Relevanz von solchen Bewegungen nach. Regula Stämpfli, Politphilosophin und ehemalige Co-Präsidentin von Swissfuture, kritisiert in ihrem Beitrag die zunehmende Universalisierung des ökonomischen Paradigmas, das demokratische Diskurse quantifiziert und unterwandert: «Demokratie ist eine Verpflichtung – nicht zum harten Franken und zur «Marke Schweiz», sondern zu Gleichheit, Solidarität und Partizipation aller.» Der Politologe und Demokratieforscher Daniel Kübler macht in seinem Artikel auf das Spannungsfeld aufmerksam, dem Regierende aufgrund der Erwartungen ihrer Wähler (*responsiveness*) und aufgrund von Zwängen (*responsibility*) ausgesetzt sind. Diese Spannung wird durch die Globalisierung und die Mediatisierung verstärkt, weil sie den Handlungsspielraum von Regierenden einschränkt. Dies stärkt rechten und linken Populismus.

Aber wer sind diese Menschen, die Populisten wählen? Was motiviert sie? Was treibt sie an? Tatsache ist, dass uns Wertungen zwar die Gewissheit der eigenen Position sichern, uns aber nicht weiterbringen, die Gesellschaft – ganz nach Max Weber – zu *verstehen*. Die an der HSG habilitierte Kulturanthropologin Yana Milev wagt diesen Versuch: Sie schaut die Gruppe der Ostdeutschen an, die zwischen 1945 und 1975 geboren wurden (und der sie selbst angehört). Ihr Befund lautet, dass diese «Abgehängten» im politischen Diskurs untergegangen sind und dass so in der Gesellschaftsmitte ein blinder Fleck entstanden ist, was das Erstarken der Rechten begünstigte. Milev plädiert dafür, die Demokratie zu demokratisieren und die Abgehängten sprechen zu lassen.

Partizipation ist das Schlüsselement der Demokratie. Die demokratische Diskussion über die Demokratie ist elementar. Sie sollte nicht auf technische Verfahren reduziert, sondern inhaltlich geführt werden. Dazu gehört auch, dass man inhaltlich diskutiert und seine politischen Gegner nicht einfach mit Hashtags und Shitstorms mundtot macht. An der Swissfuture-Generalversammlung am 6. Juli in Biel hat Regula Stämpfli deshalb vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe «DigiDemocracy» zu lancieren. Das erste Treffen findet am 20. Oktober 2017 an der Zürcher Hochschule der Künste statt: Sie finden die Details auf der Seite 35. Wir heissen unsere Mitglieder willkommen!

Weiter möchten wir noch darauf hinweisen, dass Swissfuture neuerdings eine Sektion in der französischen Schweiz hat. Diese wird vertreten durch Thomas Gauthier, der an der «Haute école de gestion de Genève» eine Professur für Strategie hat. Er erläutert im Interview in diesem Magazin seine Vorstellungen zur Zukunftsforschung. Wir freuen uns auf den intellektuellen Austausch mit der Romandie.

Francis Müller

INHALT

- 1 **Editorial**
- 4 **It's Democracy, Stupid!** | Regula Stämpfli
- 9 **Hopp Marsch – oder eine kleine Demokratiegeschichte der Zukunft** |
Nicola Forster und Maximilian Stern
- 11 **Arab Democracy and the Shock of Globalization: From Napoleon to Zuckerberg** |
Kacem El Ghazzali
- 14 **Informierter kritischer Bürger – funktionierende Demokratie?** |
Daniel Stanislaus Martel
- 17 **Die Abgehängten: Blinde Flecken der Gesellschaft** | Yana Milev
- 22 **Politische Bewegungen als Akteure der Zukunft** | Nicolas Zahn
- 24 **Wie Globalisierung und Mediatisierung unsere Demokratien verändern** |
Daniel Kübler
- 28 **«Y'a-t-il à craindre de nouvelles inégalités, de nouvelles menaces?»** |
Interview mit Thomas Gauthier
- 30 **Sinomarxismus: Unbekannte Antriebskraft in der Volksrepublik China** |
Harro von Senger
- 32 **Abstracts**
- 34 **Veranstaltungen**

IT'S DEMOCRACY, STUPID!

Demokratische Grundrechte werden aktuell weltweit immer öfter ausser Kraft gesetzt, rechte Populisten gewinnen an Zulauf. Viele Länder steuern auf einen autoritären Kurs zu, der an längst überwunden Geglaubtes erinnert. Begleitet wird diese gefährliche Phase von einer herrschenden Elite, die den Menschen als Kapital betrachtet, das sich mithilfe von Big Data (und dem Silicon Valley) bestens kontrollieren, berechnen und verkaufen lässt. – Wenn die Gegenwart etwas dringend benötigt, dann sind es Utopien und Gegenentwürfe.

Keywords: Demokratie, Elitetheorien, Silicon Valley, Big Data, Hashtag, Facebook, Mediendemokratie, Verwirtschafterlichung, Schweizer Bundesverfassung, Geisteswissenschaften

Regula Stämpfli

Populismus, die Wahlen in den USA, die Machtergreifung Erdogans in der Türkei, die autoritären Regimes in Ungarn und in Polen bieten der veröffentlichten Meinung nicht nur Anlass zur Sorge um die Demokratie, sondern führen paradoxerweise zu veritablen Demokratie-Abschaffungsdebatten. Seit der äusserst knappen Annahme der Initiative «Gegen Masseneinwanderung» im Februar 2014 wird auch in der Schweiz die Aufhebung demokratischer Grundrechte als mögliche Lösung debattiert.¹ Gleichzeitig befeuern neuere Studien zu Neurolinguistik, Gehirnforschung und Datenmanipulationen die Spekulationen darüber, ob Menschen von ihrer Anlage her überhaupt für demokratische Strukturen geschaffen seien (Wehling 2016; Brennan 2017).

Demokratiebashing und Elitetheorien sind – wie in den 1930er Jahren nach dem Zusammenbruch der Wall Street – wieder en vogue. Woher kommt diese Entwicklung und was ist von ihr zu halten? Erstens trifft Walter Benjamins Befund zu, dass wenn sich die Medien ändern, sich auch die Welt verändert. Zweitens belegt die Geschichte der Menschheit, dass wirtschaftliche Zusammenbrüche nicht nur Veränderungen, sondern immer antidemokratische Systeme hervorbringen.² Deshalb ist die Nicht-Bewältigung der Finanzkrise von 2008 durch die Europäische Union und durch den aufgrund von «Change» gewählten US-Präsidenten Barack Obama nicht nur bedauerlich, sondern wird in der künftigen Geschichtsschreibung wohl als eine Art «Münchener Abkommen des 21. Jahrhunderts» eingehen. Drittens etabliert sich diskursiv, technisch und wissenschaftlich die Aufhebung der in der Demokratie unbedingt zu unterscheidenden Sphären von öffentlich und privat. Viertens verlinkt sich die «Religion des Vermessens» (Stämpfli 2013; Crouch 2015) mit dem Allesherrscher Kapitalismus, so dass sich die schöne, neue Welt im Silicon Valley in einem kombinierten Staats- und

Elitekapitalismus inklusive Verfassungsbrüche komfortabel einrichten kann (Hofstetter 2016; Schirrmacher 2013). Fünftens wird die für die Demokratie konstitutive Alphabetisierung (sowohl in Schrift und Bild) (Belting 2004), früher auch die kritische Öffentlichkeit genannt, durch die Verwirtschafterlichung aller Zusammenhänge vernichtet (siehe dazu Konzept «Blindspirale» bei Stämpfli 2007). Damit fehlen demokratische Referenzen, Vorstellungen, Bilder und Fiktionen, die für die Utopie von Freiheit, Gleichheit und Solidarität aller Lebewesen über alle Generationen hinweg notwendig sind. Leider können hier nur einige der erwähnten strukturellen Defizite beispielhaft skizziert werden, um mit einem grossen Plädoyer zugunsten der Aufklärung und der Demokratie zu enden.

NEUSPRECH, BRANDZEICHEN und LEBENDE MÜNZEN

Es gibt ein unsichtbares Band zwischen barer Münze und dem Menschen als Körper und Sinnstifter. Seit dem Fall der Mauer inkarnieren Geld und Geist eine totalitäre Welt des Monetarismus (zum Totalitarismusbegriff siehe Arendt 1986). Deshalb erleben wir von allen Seiten die Rücknahme der Verpflichtung der Aufklärung zu Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

So werden die Attacken auf demokratische Prozesse von einem explizit monetären NEUSPRECH beflügelt. Deshalb war Bundesrat Schneider-Ammann nach seiner Wahl sich nicht zu schade, sich als «CEO des Unternehmens Schweiz» zu betiteln. Auch Angela Merkel redet von der «marktkonformen Demokratie».³

Gleichzeitig sind überall BRANDZEICHEN (Corporate Design Switzerland) gesetzt, die aus Bürger und Bürgerinnen nicht Angehörige einer Staatsform, sondern Angehörige eines Unternehmens machen. Die Wenigsten realisieren indessen, dass sie so für den Staat zur staatseigenen Bank umfunktioniert werden.

1 Klein Report, 30.5.2017 «Schafft die Demokratie ab».

2 «Rechtsrutsch dank Finanzkrise» siehe Manuel Funke, Moritz Schularick, Christoph Trebesch, «Going to Extremes: Politics after Financial Crises, 1870–2014» Oktober 2015, Ifo-Working Papers, München. Siehe dazu auch Graeber (Literatur).

3 Zum NEUSPRECH siehe Orwell. Aktuell die Studie von Franco Moretti und Dominique Pestre: Bankspeak, The Language of World Bank Reports, 1946–2012, March 2015, Literarylappamphlets.

Ist die Schweiz – nimmt man die herrschenden Bilder, Analogien, Narrative, Selbstauskünfte etc. ernst – eine globale «Corporation», dann sind die Bürgerschaften nur noch Bürgerschaften. Mit einem Wort: Bürger und Bürgerinnen sind für die herrschende Elite, die sich aus Regierung, Wirtschafts-, Wissenschafts- und Finanzinteressen zusammensetzt, nichts anderes als lebende Münzen (Klossowski 1998). Es ist kein Wunder, dass die Identitätskarten dem Format von Kreditkarten angepasst sind.⁴ Dass derartige wissenschaftliche, visuelle und sprachliche Missverständnisse der Demokratie direkt zum Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien geführt haben, erstaunt niemanden. «Logo-weise» führte die SVP Wahlkämpfe mit dem Schweiz-Design und Slogans wie «Schweizer wählen SVP».

Demokratie ist aber kein Business-Modell, sie ist auch nicht einfach ein technisches Verfahren. Sie wird nie von oben nach unten verwaltet, sondern muss von unten nach oben gewählt, in unterschiedlichen Gewalten implementiert und gestaltet werden. Demokratie ist eine Verpflichtung – nicht zum harten Franken und zur «Marke Schweiz», sondern zu Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Partizipation aller. Demokratien müssen gerecht und nicht nur «wettbewerbsfähig» sein. Demokratien garantieren öffentlichen Zugang zu Bildung und sind nicht dazu da, mit Steuergeldern Listenplätze auf dem fiktiven Shanghai-Rating auszugeben. Demokratien garantieren die Umsetzung von Verfassungsgrundsätzen, nicht betriebswirtschaftliche Nullrechnungen. Wer nun aber meint, mit «E-Demokratie» all diese Missstände zu beseitigen, irrt leider.

E-Demokratie ist ein Verfahren, keine Staatsform. Sie beharrt nicht auf der Einhaltung der Verfassung, der Gewaltenteilung, der Grundrechte, der Wohlfahrt, des Rechtsstaates etc., sondern sie soll einzig und allein die Partizipation aufgrund von formell eruiertem Transparenz ermöglichen. E-Demokratie entpolitisiert Demokratie ebenso wie die Umfragedemokratie, die Meinungen vermisst und dies dann Willensbildung nennt. E-Demokratie beruht auf Vorannahmen, die nichts anderes sind als in Codes überführte Klischees. E-Demokratie erhöht zwar die demokratische politische Partizipation, aber nur auf dem Level von 0 und 1, respektive Pro und Kontra oder «gefällt mir, gefällt mir nicht.» Demokratie ist in einem Freund-Feind-Schemata oder Ja/Nein-Aktionismus nicht überlebensfähig, da der Kern der Demokratie eben auf dem Aushandeln aller Positionen zum Allgemeinwohl beinhaltet. E-Demokratie behauptet, umfassende Information für demokratische Prozesse zu liefern. Dabei ist nicht das ZUWENIG an Information für die Zerstörung bestehender Demokratien

verantwortlich, sondern das ZUVIEL, respektive die IRRELEVANZ, die sich in den Medienmechanismen von Personalisierung, Trivialisierung, Unterhaltung, Skandalisierung und in Freund-Feind-Schemata zeigen. Wie die neuste Studie zur Information zur «Flüchtlingskrise» im Jahr 2015 zeigt, wird die demokratische Partizipation und Willensbildung im Wesentlichen durch die zu grosse Nähe zwischen alten/neuen Medien und Regierung und den erwähnten Medienmechanismen zerstört.⁵ E-Demokratie kann also nicht allein die Referenz sein, wenn es darum geht, die Demokratie grundsätzlich weiterzuentwickeln. Es braucht definitiv mehr, zumal sich das fragile Verhältnis zwischen Mehrheitswillen und Allgemeinwohl nicht errechnen lässt. Wer die Demokratie vermessen will, hat sie schon längst abgeschafft.

Demokratien brauchen nicht mehr Transparenz, sondern *relevante* Transparenz wie die Zugehörigkeit zu Lobbyorganisationen inklusive deren Gesetzesvorschläge und – dies ist entscheidend – die verfassungsmässige Rückbindung derselben. Demokratien brauchen den starken Rechtsstaat, damit Politiker gar nicht erst auf den Verfassungsbruch eines Freihandelsabkommens wie TTIP kommen. Demokratien brauchen darüber hinaus Föderalismus, Gewaltenteilung, die Garantie der Bürger- und Menschenrechte und Wohlfahrt. Demokratien brauchen keine Markenidentität, sondern eine Verfassungsrealität. Dass sich niemand mehr für die Integrität einer Politikerin oder eines Parteiprogramms interessiert, wenn deren Performance – völlig losgelöst von der Wirklichkeit – in einem Rating regelrecht verzockt wird, ist kein Wunder.⁶

Die Gleichsetzung von Demokratie als politisches Wirtschaftsunternehmen dient all jenen, die nach Jahrzehnten der medialen und ökonomischen Zersetzung der Demokratie ein globales Elitemodell bevorzugen. Deshalb erleben wir momentan eine wahrhaft *ver-rückte* Welt.

Big Data, Umwertung aller Werte, Wohlfühldiktatur

Die Demokratie steht eben nicht nur wirtschaftlich, visuell, algorithmisch auf schwachen Beinen, sondern auch diskursiv. Statt dass angesichts der Zerstörung aller Werte im Nachzug zur Finanzkrise laut, öffentlich, medial und stark für demokratische Reformen wie die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, einer globalen Datentransfersteuer, einer globalen Finanztransaktionssteuer, einer globalen Klimasteuer, flankiert von Verboten und ein globaler Marshallplan beispielsweise für die Länder Afrikas, gefordert wird, fallen selbst die progressiven Bewegungen und Menschen oft via Hashtags,

⁴ Siehe dazu Working papers on «Designing Politics – the Politics of Design», IFG Ulm 2007–2012.

⁵ Michael Haller. Die «Flüchtlingskrise» in den Medien. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main, Juni 2017, OBS-Arbeitsheft 93.

⁶ Siehe die Einrichtung von «Wahlbörsen».

Shitstorms und Verleumdungen übereinander her. Wer sich heutzutage für die Verfassungswirklichkeit der Demokratie wehrt, beispielsweise indem sie für eine klare Trennung von Staat und Religion eintritt, fühlt sich sofort an die Debatten während des Spanischen Bürgerkrieges erinnert (Blom 2014). Die Säuberungsaktionen unter den Kommunisten begannen 1936 nämlich auch zunächst mit Rhetorik, mit der Zensur der Sprechenden, des Denkens und der Forderung nach «richtigem» Sprachgebrauch und «richtiger» Haltung. Jede Abweichung wurde als «kontraproduktiv» gebrandmarkt und mit dem Tode bestraft. Da die «Digital Natives» indessen mit der Idee einer fiktiven Identität von Person und Meinung aufgewachsen, infiltriert und an den Universitäten ausgebildet worden sind, ist dieser historische Hinweis nicht Warnung genug, um aufzeigen zu können, wie sich Big Data, Kapitalismus, Hormon- und Gendertheologien sehr schnell in ein totalitäres Netz transformieren. Die Zerfleischung aller Befreiungsbewegungen untereinander ist Ausdruck der radikalen Umwertung aller Werte und der Machtverhältnisse. Heutzutage wird alles Leben in einen Code verwandelt, um diesen beliebig mit Biologie, Geld, Kultur und Geist zu verbinden. So misst sich das Wohl des Volkes nicht am Wohl der Schwachen, wie dies die Präambel der Schweizerischen Bundesverfassung festhält, sondern an der Korrelation von herrschaftsgesteuerten Codes. Unter dem Deckmantel von Freiheit und Selbstbestimmung mutiert die Maschinenlogik so zur monströsen Unfreiheit, zur Ungleichheit und zu verbrecherischen Einzelinteressen.

Silicon Valley träumt schon längst von einer Wohlfühl-diktatur, die allen Menschen robotergebaute Häuser, fahrerlose Autos, datengeprüfte Sicherheit und algorithmengestützte Gesundheitsdrogen garantiert. «Politische und technologische Führungskräfte werden die gleiche Sprache sprechen»⁷ meint Sam Altman und nur noch Wenige erkennen den totalitären Alptraum, der hinter solchen Visionen ebenso steckt wie die Milliarden, die sich die neuen Vermesser-Priester von Big Data errechnen.⁸ Gleiche Sprache, gleiches Netzwerk, gleiche Führungsstruktur, gleiche Uhrzeit. Die Volksrepublik China beweist seit Jahrzehnten, wie sich Big Data, Kapitalismus und Eliteherrschaft erfolgreich verbinden. Kapital, Waren, Dienstleistungen und Menschen werden verkauft, berechnet und gewinnbringend eingesetzt – dies nennt sich dann «Citizen Score». Die Gleichsetzung der Menschen als lebende Münze ist offensichtlich: Der Mensch als Kapital besteht aus organischem Material und aus Daten, die verwertet werden können. Deshalb überraschen auch die erstaunlich

antidemokratischen Debatten rund um die Legalisierung des internationalen Organhandels, der Leihmutterchaften, der Freigabe für Menscheneier und -samen etc. nicht – im Gegenteil. Die Dekonstruktion aller Zusammenhänge in verwertbare Daten transformiert alles Leben und alle Grundpfeiler der Demokratie zu einem Datenverarbeitungsprozess. Der demokratische Prozess besteht im Gegenteil dazu eben gerade nicht aus fragmentierten Codes, sondern konstituiert sich aus dem Zusammenhang.

Die Synchronizität von technischer Revolution, wissenschaftlichen Fortschritten bei gleichzeitiger Anwendung und Verwertung der Menschen zwecks Durchsetzung einer neuen, mächtigen Fiktion ist in der Geschichte der Menschheit leider nichts Neues. Neu daran ist der fehlende Widerstand gegen Silicon Valley, Wall Street und Universitäten. Menschen haben sich von den Launen der Natur befreit, dafür unterwerfen sie sich der Fiktion von Daten, Algorithmen und ihren Besitzern (Harari 2017). In den Vorstellungscodes des Silicon Valleys entscheiden die Uber-Algorithmen, was unter ihnen für alle gut sein wird. Dies ist ein Kampf gegen demokratische Prozesse und ein Vorgang von Experimenten an allem Organischen – Welt, Tiere, Menschen. Wir stehen vor ähnlichen Herausforderungen wie die Denkerinnen der Aufklärung, die den technologischen und wirtschaftlichen Wandel als Aufgabe und Transformation zu Freiheit, Gleichheit und Solidarität verstanden. Glücklicherweise wird nicht zuletzt Swisfuture diese Herausforderungen annehmen, um Utopien und Gegenentwürfe zu formulieren, die es zu den realen und fiktiven Dystopien der Gegenwart dringend braucht.⁹

⁷ Business Insider Deutschland, 1.8.2017: «32-jähriger Investor mit Verbindungen zu Elon Musk will die Gesellschaft mit seinem Zukunftsplan radikal verändern.»

⁸ So werden fehlende demokratische Prozesse in digitalen Demokratie-Projekten kaum reflektiert. Siehe auch Julie Simon, Theo Bass, Victoria Boelman and Geoff Mulgan, Digital Democracy. The tools transforming political engagement, Februar 2017, nesta.org.

⁹ Die GV 2017 hat beschlossen, einen eigenen ThinkTank zur Demokratie in Zeiten der digitalen Revolutionen einzurichten.

Traditionelle Medien und Öffentlichkeit (nach Regula Stämpfli)	
Elite/Autokratie	Demokratie
Personalisierung	Politik
Trivialisierung	Machtzusammenhänge
Skandalisierung	Unterscheidungskraft
Unterhaltung	Information (Satire gilt auch als Info)
Panorama	Relevanz
Trump	Paul Krugman
Bild	Grafik
Privat	Lokal
Laut	Leiser
Exekutive	Legislative
Mord	Rechtsstaat
Live	Nachhaltig
Prominenz	Kompetenz
Markt	Kunst
Hashtag	Gewerkschaft
Demonstration	Verfassungsklagen
Porno	Erotik
Reality TV	Black Mirror (Serie), Harry Potter (Buch)
Geld erben	Geld verdienen
Geld	Bildung
Auto	Kopenhagen
Asyl	Migration
Biologie	Argument

Die Konsumgesellschaft als regressives Menschenmodell (nach Benjamin Barber und eigenen Ergänzungen und Schwerpunkten)	
Elite/Autokratie	Demokratie
Kindisch	Erwachsen
Totalitär	Demokratisch
Gefühl	Empathie
Berechenbarkeit	Komplexität
Gut/Böse	Zweifel
Bilder	Phantasie/Ideen
Fast Food	Langfristlösungen
Präferenzen	Verfassungsgrundsätze
Privat	Öffentlich
Selfie	Bildervielfalt
Satire	Politische verantwortung
Geschlecht	Welt
Porno	Erotik

Soziale Medien und Demokratie (Entwurf, Work in Progress von Regula Stämpfli)	
Elite/Autokratie	Demokratie
AgB	Gesetzesartikel
Daten	Leben
Fiktion	Fiktionen
Zahl	Sinne
Intelligenz	Bewusstsein
Optimierung	Empathie
Maschinenmensch	Menschenmaschine
Tiere essen	Vegan
Bots	Machtteilung
Kreditkarte	Bargeld
Hashtag	Wahlen
Hyperlink	Versammlung



Regula Stämpfli

Dr. phil./dipl. Coach Regula Stämpfli, Politologin, Dozentin und Autorin. Co-Leitung NFP 21 «politische Kultur im Wandel», Leitung «Kriegskongress international 1914–1945», Mitverfasserin «Switzerland and the EU 2005», unabhängige Expertin bei der EU-Kommission seit 2009, Hochschulrätin FH Köln 2008-2013, Mitglied Ethikkommission für öffentliche Statistik bis 2012, ehemalige Co-Präsidentin von swissfuture, Bestseller-Buch Schweiz 2013: «die Vermessung der Frau» (Random House), Kolumnistin bei diversen Schweizer Tageszeitungen.
www.regulastaempfli.eu

Literatur

Arendt, Hannah (1986): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. München/Zürich: Piper.

Belting, Hans (2004): Echte Bilder und falsche Körper – Irrtümer über die Zukunft des Menschen, in: Christa Maar, Hubert Burda (Hg.): *Iconic Turn – Die neue Macht der Bilder*. Köln: DuMont Buchverlag.

Blom, Philipp (2014): *Die zerrissenen Jahre 1918–1938*. München: Carl Hanser Verlag.

Brennan, Jason (2017): *Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*. Berlin: Ullstein Verlag.

Crouch, Colin (2015): *Die bezifferte Welt. Wie die Logik der Finanzmärkte das Wissen bedroht*. Berlin: Suhrkamp.

Harari, Yuval Noah (2017): *Homo Deus. Eine Geschichte von Morgen*. München: C. H. Beck.

Hofstetter, Yvonne (2016): *Das Ende der Demokratie. Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt*. München: Bertelsmann.

Klossowski, Pierre (1998): *Die lebende Münze*. Berlin: Kulturverlag Kadmos.

Orwell, George: *1984*, Roman.

Schirrmacher, Frank (2013): *Ego, Das Spiel des Lebens*. München: Karl Blessing Verlag.

Stämpfli, Regula (2007): *Die Macht des richtigen Friseurs. Über Bilder, Medien und Frauen*. Brüssel: Bartleby & Co.

Stämpfli, Regula (2013): *Die Vermessung der Frau. Von Botox, Hormonen und anderem Irrsinn*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Wehling, Elisabeth (2016): *Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet und daraus Politik macht*. Köln: Herbert von Halem Verlag.

HOPP MARSCH – ODER EINE KLEINE DEMOKRATIEGESCHICHTE DER ZUKUNFT

Sie sind eine von 10 Millionen Parlamentarierinnen in der Schweiz und arbeiten mit neuen Demokratietools an der Zukunft unserer Gesellschaft. Unser politisches System hat seit 2017 endlich eine digitale Demokratieinfrastruktur entwickelt und entwickelt sich nun von einer Abstimmungs- zu einer Mitwirkungsdemokratie.

Keywords: Abstimmungsdemokratie, Mitwirkungsdemokratie, direkte Demokratie, digitales Stimmrecht, Demokratietools, soziale Medien

Nicola Forster und Maximilian Stern

Loggen Sie sich heute Abend noch schnell ins Parlament ein? Immerhin sind Sie eine Parlamentarierin, und die Debatte über die Altersreform 2040 steht unmittelbar bevor. Die Schlussabstimmung ist morgen früh. Sie denken zurück an die letzten Monate. Der demokratische Prozess war aussergewöhnlich lange und intensiv! Und er hatte mit viel Wut im Bauch begonnen. Tausende Jugendliche hatten sich über Social Media organisiert und die «Hopp Marsch»-Bewegung für eine generationengerechte Altersreform gegründet. Sie wollten sich mit ihrem Anliegen in den politischen Prozess einbringen, hatten aber keine Partei gefunden, die ihre Interessen vertreten hätte. Schliesslich lancierten sie eine Online-Fingerabdrucksammlung, die zu einem Überraschungserfolg wurde und mit einem Rekordergebnis von zwei Millionen überprüften Fingerabdrücken dem Bundesrat eingereicht wurde. Diese können in Windeseile verifiziert werden, seit jede/r Bürger/in über eine auf der Blockchain gespeicherte e-Identität verfügt. Auf sie kann für jegliche rechtlich bindende Handlung per Fingerabdruck zugegriffen werden. Die anachronistische «Unterschrift» und deren Sammlung zu politischen Zwecken wurde so endgültig überflüssig.

Durch die zwei Millionen Fingerabdrücke war der Bundesrat zum Handeln gezwungen worden. Er gründete einen eRoundtable, damit seine Design-Thinking-Methodenexperten in der Verwaltung gemeinsam mit allen Anspruchsgruppen eine generationengerechte Vorlage erarbeiten können. Um dabei berufstätige Leute zu beteiligen, war neben der Teilnahme an Stammtisch-Hackathons landesweit natürlich auch eine digitale Mitwirkung an der Vorlage per Crowdsourcing möglich. Ein Algorithmus brachte dafür in Onlinearbeitsgruppen Junge und Alte, Wissenschaftler/innen und Praktiker/innen sowie ausgewählte Leute mit möglichst diversen Anliegen und politischen Wertehaltungen zusammen, um gemeinsam und auf Augenhöhe einen tragfähigen Kompromiss zu erarbeiten. Der Verwaltungsthinktank

– früher unter dem Namen Bundeskanzlei bekannt – hatte mit seinen Analysen und seiner Szenarienplanung dazu beigetragen, dass alle am eRoundtable Beteiligten tagesaktuell mit den notwendigen Zahlen und Informationen versorgt waren, um auch folgenreichere Entscheidungen treffen zu können.

Die Weisheit der Vielen, ergänzt durch Expertenwissen, erwies sich als Brutkasten für zukunftsreiche politische Ideen. Der partizipativ erarbeitete Gesetzesentwurf wurde dann in der darauf folgenden eVernehmlassung für alle Bürger/innen des Landes freigeschaltet, wobei die verschiedenen Passagen des Gesetzes einzeln bewertet und kommentiert werden konnten. Die entstehenden Diskussionen zwischen Bürger/innen und Experten/innen dienten neben der Verbesserung des Gesetzes auch dem gegenseitigen Verständnis und der Legitimität des Ergebnisses. Die so in einem Gesetz aggregierte Volksmeinung erlaubte es Bundesrat und Verwaltung dann, dem Parlament einen wohlaustarierten Vorschlag mit guten Chancen vorzulegen. Bekanntlich kann man es aber nie allen recht machen, und so führten die politischen Bewegungen einen intensiven Abstimmungskampf. Viele dieser Bewegungen waren kurzfristig gegründet worden und mit ihrer agilen Organisationsweise gegenüber den schwerfälligen Universalparteien im Vorteil. *Hopp Marsch* war in der Zwischenzeit zu einer dominierenden Kraft in der Schweizer Politlandschaft geworden, da die Bewegung als erster politischer Akteur die Möglichkeiten der Digitalisierung voll ausnutzte. Auch Sie sind als Parlamentarierin auf den Zug aufgesprungen und haben Ihren Fingerabdruck vor ein paar Monaten unter die *Hopp Marsch*-Charta gesetzt. Ja, die Altersreform-Kampagne war tatsächlich zukunftsweisend – im Guten wie im Schlechten! Eine auf Big-Data-Analysen basierende künstliche Intelligenz hatte Ihnen und den tausenden weiteren Grassroots-Campaignern/innen ermöglicht, diejenigen Personen in Ihrem Bekanntenkreis zu identifizieren,

die noch keine gefestigte Meinung hatten. Dann wurden diese gezielt angeschrieben sowie mittels zielgerichteter Posts in den sozialen Medien erzeugt. Wer bereits eine klare Meinung hatte, wurde in Ruhe gelassen – nur die unschlüssigen Mitparlamentarier/innen waren als Zielgruppe ausgewählt worden. Daten zum sozioökonomischen Hintergrund wurden mit Arbeitszeugnissen und Krankenakten aggregiert, um mit grosser Wahrscheinlichkeit voraussagen zu können, wann jemand pensioniert und/oder arbeitsunfähig werden würde. So konnte – gänzlich automatisiert! – eine extrem überzeugende, persönliche Botschaft erstellt werden, um wankelmütige Parlamentarier/innen zielgerichtet auf die eigene Seite zu ziehen. Eine visuelle Instagram-Darstellung des eigenen Ichs nach der Pensionierung trug das Ihre dazu bei. Diese Personalisierung der politischen Argumentation war neu und hatte die mächtige Datengeheimnis-Lobby durch die Geschwindigkeit des technischen Wandels auf dem falschen Fuss erwischt. Diese bereitet nun ihrerseits eine grosse Fingerabdrucksammlung vor, um dem Missbrauch persönlicher Daten für politische Zwecke künftig einen Riegel vorzuschieben. Als politische Praktikerin finden Sie persönlich die Entwicklung aber eher positiv, da die neu verfügbaren Demokratietools der Entscheidungsfindung entscheidend nachhelfen konnten.

Lächelnd denken Sie zurück, wie sich bei der Abstimmung zur Altersreform 2030 vor zehn Jahren viele fragten, ob sie überhaupt zur Urne gehen sollten. Was zählt schon eine einzelne Stimme? Heute kommt es auf Ihre Mitarbeit im gesamten politischen Prozess an. Der Schritt von der eindimensionalen Ja/Nein-Abstimmungsdemokratie zur wahren Mitwirkungsdemokratie ist geschafft.

Von den fast zehn Millionen Abgeordneten in der Schweiz – Ausländer/innen haben unterdessen ein digitales Stimmrecht, und Eltern stimmen auch für ihre Kinder ab – werden sich morgen wegen der Wichtigkeit und Emotionalität der Vorlage bestimmt weit über vier Millionen Abgeordnete einloggen oder per App mittels Fingerabdruck über die hacker-sichere Blockchain «appstimmen» (nach dem ersten grossen Hack einer Abstimmung war ein Technologieupgrade der Demokratie nötig geworden und die Blockchain-Appstimmung wurde eingeführt). Doch das Prinzip «one man – one vote» gilt diesmal nicht für Sie! Mittels einer Stimmendelegation haben nämlich gut zweitausend weitere ParlamentarierInnen ihre Stimme Ihnen übertragen, da sie Ihrem Urteil und Ihrer Sachkenntnis zu diesem komplexen Thema vertrauen. Im Gegenzug werden Sie ihnen Ihre Stimme delegieren, wenn nächstes Mal eine Abstimmung zu aussenpolitischen Fragen ansteht – davon haben Sie nämlich wirklich keine Ahnung. In solchen Fällen

vertrauen Sie ausserdem meistens dem Urteil der Zukunftskommission des Parlaments, das alle neuen Gesetze in einer «Politikfolgenabschätzung» auf ihre Zukunftstauglichkeit überprüft.

Loggen Sie sich also heute Abend noch einmal ins Parlament ein? Stürzen Sie sich dort noch einmal in Diskussionen in der virtuellen Wandelhalle? Oder warten Sie einfach, bis morgen früh die Appstimmungsresultate bekannt sind? Den Schlaf benötigen Sie jedenfalls, denn nach dem intensiven digitalen Beteiligungsprozess müssen Sie und Ihre Bewegung «Hopp Marsch» nun Verantwortung tragen für die Umsetzung der Altersreform 2040 – die Ära der mitwirkungsarmen «direkten Demokratie» ist ja glücklicherweise vorbei ...



Nicola Forster

Nicola Forster ist Gründer und Präsident des Think-Tanks *foraus* und als Ashoka Fellow ausgezeichnete Social Entrepreneur. Als Partner bei *crstl.io* konzeptioniert und moderiert er Innovationsprozesse für Ministerien, Stiftungen und NGOs im In- und Ausland und ist auch Mitgründer des *staatslabors* und des *Global Diplomacy Labs*. Als ausgebildeter Jurist ist er auch Mitglied des Advisory Board des Open Forum Davos (World Economic Forum) sowie Vizepräsident bei *Science et Cité*.



Maximilian Stern

Maximilian Stern ist Politologe und Mitgründer des Think-Tanks *foraus – Forum Aussenpolitik* sowie des *staatslabors*. Als Partner von *crstl.io* berät er Unternehmen und die öffentliche Hand im Bereich Digitalisierung und Innovation. Er arbeitet zurzeit an einem Buch zum Thema digitale Demokratie.

ARAB DEMOCRACY AND THE SHOCK OF GLOBALIZATION: FROM NAPOLEON TO ZUCKERBERG

When I was asked to write about the future of democracy in the Arab world today, I found myself faced with a systematic problem: how can I talk about the future of an experience that has not yet been born? If the Western world today is trying to provide a critical analysis of the democratic experience and to explore its future and the challenges, especially in the face of the growing popularity of the far right, Brexit and the election of Trump, then the discussion on the other side of the Mediterranean is taking another dimension in the absence of any real democratic experience that could be monitored and followed in a particular historical context.

Keywords: Arab democracy, globalization, political Islam, modernity, liberal cultural revolution, Internet

Kacem El Ghazzali

Since the fall of the Ottoman Empire, and until the post-independence era, the democratic experience has been absent in the Arab world. This was mainly due to the emergence of a nationalist Arab movement during the 1930s and the 1950s which called for the establishment of an Arab state that encompasses all Arabs, ignoring the demands and rights of the ethnic, linguistic and cultural minorities of these countries. This movement adopted the socialist dogma in criticizing European modernity and suppressing the voices calling for democracy and freedom under the pretext of fighting Western imperialism and its supporters (which were branded as traitors) inside. It was followed by the weakness of the semi-democratic socialist currents as a result of the collapse of the Soviet Union in 1991, which demanded democracy by playing the role of the opposition to Western-backed authoritarian regimes. First, the tyranny of the socialist regimes; Gamal Abdel Nasser in Egypt, Boumediene in Algeria and Gaddafi in Libya, all of whom rose to power through military coups. Then, the curse of the Cold War that led the West to ally itself with dictatorial regimes in order to fight the Communist tide. The existence of traditional Monarchies which derive their legitimacy from religion, where the king is considered the shadow of God on earth as is the case in Morocco. Add to that the dominance of a religious culture that strengthens censorship and oppresses the right of freedom of thought and speech in the face of the growing of political Islam movements and their popularity in the 19 (20th surely) century, The defeat by Israel in 1967, which many supporters of political Islam attributed to the Arabs straying away from the teachings of Islam and then the success of the Iranian Islamic revolution in 1979, which inspired the Muslim Brotherhood and many other movements of political Islam across the world such as Darul Islam in South-east Asia to work more to establish the religious state.

It is also necessary not to ignore the psychological aspect of the relations of the Arab countries with the Western culture that produced the idea of democracy, which was characterized by a sense of fascination, caution and rejection, by considering democracy and its values such as pluralism, equality and respect for human rights as imperial tools that conceal colonial ambitions aimed at fighting Islam.

Modernity is the soul of democracy

Political modernity means full equality between citizens irrespective of their religious or ethnic affiliation. In the Arab world there is a separation of democracy from its liberal and cultural foundations. If we try to look at democracy in light of the definition above, then there can be no democracy without political modernity; we cannot talk about the sovereignty of the people, the separation of powers, the equality of people, the guarantee of individual liberties and freedom of belief... without the adoption of modernity; and the consolidation of secularism, freedom of criticism and self-criticism of the self and the society. This requires a ruthless confrontation with the Islamic heritage, and a comprehensive critique of the foundations of traditional religious thought. This cannot be accomplished without first, opening up to the rational historical models from within the Arab and Islamic culture.

Democracy without political modernity always results in dictators winning at the ballots. Regimes that reject modernity can never guarantee human rights or religious freedom. A good example of this is Iran. Despite the written constitution the parliamentary and presidential elections, without a constitution that respects political pluralism and guarantees individual freedoms and freedom of expression, and in the presence of the Office of the Supreme Leader and

his institutions (Revolutionary Guards etc.) Iran cannot be considered a democratic state and the elections remain a mere game.

Arab spring or the deferred hope

The elections that took place in Tunisia, Egypt and Morocco after the Arab Spring protests confronts us with a different reality and new hopes that everyone still looks at expectantly. It was the first experience after decades of despotism in which citizens were given the right to free choice, however, after the announcement of the ballot results, in which the Islamic Ennahda Party in Tunis obtained 37 % of the vote, Egyptians elected Morsi of the Muslim Brotherhood as their new president. The debate and controversy over democracy seemed to take another path, the long-awaited baby which everybody waited to see, was born with the face of a monster, and made the world wonder: what is the usefulness of the Arab Spring if the goal of the revolution and revolutionaries is to replace a tyrannical regime with a theocracy? Despite everything, hopes have always been focused on the Tunisian example. The 37 percent the Islamists gained forced them to engage in political alliances and make concessions to form the government. The vigilance of youth and civil society and their continuous measures made to protect the «gains of the revolution» made Tunisia a special exception, compared to the crisis situation known to the other neighboring countries such as Egypt and Libya, knowing that Egypt also knew such demonstrations too.

Of course, in this context, I cannot talk about the Arab countries with some sort of generalization. Historical, social, ethnic, religious and political differences (presidential republics, monarchies ...) require each country to be dealt with separately. But the factor or factors that I would like to present in the light of the experience of the Arab Spring can be observed in all the Arab countries that have known popular protests since the spring of 2011, with the exception of one or two.

The first factor is that the slogans raised by the protesters were not demanding democracy, but dignity, freedom and social justice, which are conscious and specific demands. This evokes the peculiarity of Arab political regimes that have long tried to legitimize their power through parliaments and mock elections that did not reflect or live up to the aspirations of their peoples. The masses were aware that elections are not necessarily about democracy, not in the Arab world or anywhere else in the world. Therefore the demands have exceeded the superficial appearance of democracy represented in repeated elections, to the very essence of good governance, guaranteeing human dignity and

equal rights, and the ability to hold those in power accountable.

The second factor – and the most important one in my opinion – is that the experience of the Arab Spring broke all the rules of the political game. The Arab revolution was not expected by anyone. Even the revolutionary leftists with the slogans of people's revolution did not expect it or dream of it. They did not believe that one day the Arab citizen would go out onto the streets and protest against his tyrant governor. Not only because of fear, repression, secret prisons and arbitrary arrests, which have always been the first and only answer to any attempt at protest or criticism of the ruling regimes, but – and this is the most important – the socialist intellectuals and politicians had a quasi-religious belief that the revolution could not be conducted without «class consciousness» of the people, and such revolution would need a Marxist socialist leadership as otherwise it cannot be a revolution. Suddenly, the citizens went out to protest, doing away with all expectations and prejudices, but also all the ideological classical dictionaries of the revolution. The politically and intellectually dazzled stood helplessly before a youth movement which did not care to consult anyone to declare the beginning of the revolution. This made the Arab Spring revolution a revolt against the traditional classical opposition movements even more than a revolution against political tyranny. And here it becomes crystal clear that the spirit moving the Arab world nowadays is a new movement led mostly by the youth.

The shock of globalization: from Napoleon to Zuckerberg

The Arab world suffered a deep cultural earthquake, when it was in awe of Napoleon Bonaparte's invasion of Egypt in 1798, for he brought with him, not only scores of artillery and soldiers, but the ideas of the enlightenment as well. «The French came with the cannon and the printer and returned to their country with the first and left the second,» says writer Kamal Zouhri. Bonaparte represented the superiority of Western civilization, which was the focus of simultaneous admiration and rejection, in view of the inability and backwardness of the Arab and Muslim world under the rule of the Ottoman Empire. Napoleon is credited with creating two schools, a museum, a bookshop and a printer in Egypt, making his invasion the first real meeting of Arabs with the West and its cultural and intellectual achievements. The result of this cultural communication was the emergence of a secular Arab cultural movement that was against the invasion but at the same time interested in translating the scientific achievements of the West and in so doing revive Arab cultural heritage, which had been in a long and deep slumber since the fall of Baghdad by the Mongols in 1258. This cultural movement was

met by strong conservative Islamic currents which pushed it into isolation and drove it to become an elite movement condemned to failure.

With the digital revolution of the 21st century and the cultural and social changes that accompanied it, the Arab world witnessed a second cultural shock, perhaps more radical than the shock of Bonaparte. Freedom of speech was known to Arab youth purely by grace of the Internet, the books and ideas censored by the authoritarian regimes were now just a click away. People finally gained access to the modern and classical fine arts such as music, cinema, and the different themes of literature and philosophy without suffering the limits imposed by the old means of censorship. A principal example of this is the translation into Arabic of Richard Dawkins's bestseller *The God Delusion*, which was downloaded ten million times in PDF form, thirty percent of these downloads being from Saudi Arabia alone.

This globalized market of thought and culture provided Arab youth with a different lifestyle enabling them to see the Holy Trinity of religion, politics and sex critically. This prompted Arab youth to express their desire to modernize and overcome the past and all its traditional restrictive systems – family and religion. They did so to one degree with a consciousness similar to the way many activists, bloggers and feminists act or manifested it unconsciously by simply recognizing the benefit at a personal level seeking to live in a modern open society. What is unique in this desire to modernize and embrace the future and the present by the youth of the Arab world is that it was not merely a phenomenon of confined to the rich and middle classes, but extended to the poor – the people of the populous neighborhoods and villages, which are usually those that represent the most conservative social groups. Such ideas, in the recent past were accessible to the upper classes exclusively and resulted from study missions to the West supported by the luxury of financial means to travel abroad. But all of this and more became accessible to all social classes – simply by means of a click on YouTube or other sites.

No democracy without a liberal cultural revolution

Something we must agree on: We cannot move to political modernity (democracy) without intellectual modernity. The revolutions of the Arab Spring were an important historical event. Their power was to diagnose and detect the social diseases and contradictions from which Arab society suffers. It was the mirror which showed the true face of the Arab world; its religious extremism, sectarian and ethnic divisions, traditional and modernist conflicts and most of all the potential of the Zuckerberg generation to create

social discussion about certain taboos and also mobilize for individual freedoms and universal rights. One of the most important needs of the Arab world to achieve democracy is to have a cultural revolution which moves beyond the past, a revolution that raises the banner of intellectual and religious freedom. In order to achieve this, Arab societies need to have modern citizens. This, however, may seem very difficult and sometimes impossible.

The modernity discourse has always been an elitist subject discussed in cultural salons and some literary cafes, but with the digital generation we have begun to notice the emerging of a new enlightenment movement that benefits from the possibilities of modern communication and create social debate. Alongside several liberal Islamic thinkers such as Islam Bahiri in Egypt, Said Nasheed in Morocco, and Elham Manea in Yemen, who prioritize the good governance of the state over the religious script, and all the voices of Arab and Muslim secularists who defend religious freedom and the values of universal human rights, all these have their voices disseminated on the Internet. The Internet has turned Arab intellectuals into Socratic intellectuals, who «walk in the markets and talk to people and ask questions,» as the Egyptian thinker Ahmed Zeid commented on the effect of the ongoing internet's Cultural Revolution in the Arab world. In other words, the Internet is the market of ideas that made Arab intellectuals Socratic intellectuals whether they liked it or not. Thus, the birth of democracy and modernity in the Arab world is a hostage to the success of the Internet generation and its cultural project. Although, it is necessary to mention that while there are certainly many young and liberal minds which represent this digital cultural movement, there are still masses of conservative and traditional people (usually from the rural areas as could be seen in both Tunisia and Egypt) implementing the internet to fight all attempts at cultural modernity.



Kacem El Ghazzali

Kacem El Ghazzali (27) is a secular writer from Morocco. He has been living in Switzerland as a political refugee since 2011. His articles have been published in NZZ, NZZ am Sonntag, Basler Zeitung among others. El Ghazzali is the international representative of IHEU at the UN Human Rights Council in Geneva.
www.kacemelghazzali.com

INFORMIERTER KRITISCHER BÜRGER – FUNKTIONIERENDE DEMOKRATIE?

Der «durchsichtige» Mensch als Wirtschaftssubjekt und -objekt sowie Mitglied des Staatsvolks ist Leitlinie unterschiedlichster Gedankengänge. Diese betreffen oft die Furcht vor dem Ende der Privatsphäre. Datenspuren sind für Eingeweihte gut verfolgbar; deren Nutzung stärkt die Position der Machtträger nicht nur bei kriminellen Machenschaften. Ein anderes Postulat ermutigt demgegenüber den Bürger. Dieser könne dank ebendieser Datenfülle vieles über die «Obrigen» herausfinden und verbreiten. Dies sei seine beste Verteidigung. Schutz des Privaten und Recht auf Information sind Elemente der Demokratie, Richtlinien zu deren Verwendung dagegen weniger. Wie wird dies morgen sein?

Keywords: Privatsphäre, Informationsfreiheit, Fake News, Desinformation, Datenmissbrauch, Spionageprogramme

Daniel Stanislaus Martel

«Die Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.» George Bernard Shaw erfasst einen Wesenszug dieser Staatsform, nämlich die Mitwirkung. Doch wie viel hat die breite Bevölkerung zu sagen? Fast alle Theoretiker bestätigen die Bedeutung der Informationsfreiheit. Dazu gehöre auch das Recht zu erfahren, was andere über uns wissen. Allerdings kommt nur eine Minderheit an diese Art Persönliches heran und erhält dadurch Macht über uns.

Information als Grundlage der Freiheit

Der Grundgedanke der Demokratie lautet: Regierung durch das Volk und für das Volk durch ermächtigte Vertreter. Gleiches Recht, Chancen für alle und Handlungsfreiheit sowie Schutz vor Missbräuchen sind weitere Attribute. Ihre heutige Form erhielt diese Regierungsform zusammen mit der damit assoziierten liberalen Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Wesentlich wurden dabei die Medien. Deren Leitung bedingt jedoch Kapital.

Nach 1945 kam die Politik in die Wohnzimmer; in den 1980ern wurden die demokratischen Ideen weltweit bekannt. Seit den Nullerjahren kann mehr oder weniger jedermann im Weltnetz «mitmachen». Im Süden löste dies den Wunsch nach Demokratisierung aus, im Norden verstärkte sich demgegenüber die Kritik an jener Regierungsform.

Wie jeder Entscheid beruht auch der demokratische auf dem erhofften Resultat, den verfügbaren Mitteln und den nutzbaren Möglichkeiten. Wesentlich sind dabei Unterstützung durch Gleichgesinnte und Kenntnis der Konkurrenten.

Der Weg dazu führt über die «richtigen» Daten zur nützlichen Information als Grundlage für erforderliches Wissen. Daten sind Elemente wie familiäre Situation und Lohn oder besuchte Netzseiten.

Informationen sind Erkenntnisse wie bevorzugtes Wohngebiet oder Einkäufe. Wissen entsteht durch die Bereicherung der Informationen durch Beobachtungen. Ein Beispiel sind typische Reaktionsmuster in bestimmten Situationen.

Seit dem 19. Jahrhundert sammeln Verwaltungsstaat und Kundendienste systematisch Daten (Wehler 1994). Die diffuse Angst davor und Aufbegehren dagegen kamen in den 1960ern auf (Miller 1972). Weltnetz, verknüpfte Geräte und bargeldloser Zahlungsverkehr häuften so viele Spuren an, dass eine genaue Analyse der Persönlichkeit einschliesslich ihrer Hoffnungen und Ängste möglich wurde. Neben massgeschneiderten Informationen waren dadurch auch Manipulationen einfacher. Dazu gehören angeblicher Nutzen von Produkten ebenso wie vorge-täuschte Bonität einer Firma oder Stärke einer Armee. Gerade in Wahl- und Konkurrenzkämpfen spielen derartige Behauptungen eine Rolle.

Von der Desinformation zu den Fake News

Lange vor den entlarvten Fake News in Zusammenhang mit den amerikanischen und französischen Präsidentschaftswahlen 2017 wurden gezielte Lügen enttarnt. Grundlage derartiger Desinformationen waren und sind sorgfältig konstruierte Behauptungen, welche scheinbar Objektives wiedergeben. Ausgangspunkt sind Recherchen über das Zielpublikum, um jenes zu beeinflussen.

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg vergiftete als wissenschaftliche Erkenntnisse getarnte antisemitische und rassistische Hetze das politische Klima (Nord 1971). Nach 1945 verbreiteten die Grossmächte unzählige Desinformationen, welche die Medien unwissentlich übernahmen. Manchmal wurden und werden solche Aktionen mit Sabotage kombiniert. Meistens war diese als Unfall getarnt oder so

inszeniert, dass sie als «normales» oder «erwartetes» Verbrechen etwa einer Terrororganisation erschien (Bittman 1973). Derartige «aktive Massnahmen» der Sowjetunion betrafen die westliche Friedensbewegung, Minoritäten und internationale Institutionen (Graf 1989). Amerikanische Beispiele sind die Diskreditierung sozialer Bewegungen als «Kommunisten» und Putschs in Lateinamerika (Agee 1975).

Nach 1989 regten neue Sammel- und Interpretationsmöglichkeiten von Daten digitale Aktionen an. Zu deren Opfern zählten Institutionen, Unternehmen und Einzelpersonen. Neuestes Beispiel sind Lösegelder zur Freigabe gesperrter Daten. In allen Fällen nutzten die Autoren Verhaltensmuster wie das Öffnen unverfänglicher E-Mail-Anhänge. Viele fürchten sich bereits vor durch Drittpersonen beeinflussten medizinischen Apparaten oder Identitätsraub. Dabei täuscht der Täter die virtuellen Kennungen einer anderen Person vor (Hoofnagle 2007). Manche sind jedoch überzeugt, dass Staaten hinter diesen Machenschaften stehen, um Volkswirtschaften zu paralysieren. Viele fragen sich vor allem, ob überhaupt noch eine Privatsphäre existiert und wie man sich deren letzte Reste bewahrt.

Wehren wir uns heute!

Zum grossen Teil verzichten die Zielpersonen freiwillig darauf. Facebook- und LinkedIn-Profile lassen sich vielfältig auswerten. Unbestechlich Auskunft über die Gewohnheiten des Benützers geben ferner die unzähligen vernetzten Geräte. Noch ergiebiger sind Treueprogramme und Bezahlapplikationen. Jeder «Input» bildet ein Mosaiksteinchen in der als Big Data bekannten Datenmasse. Daraus lässt sich so gut wie alles herausfiltern (Martel 2015). Heute bereits verweigern Versicherungen den Schutz oder diskriminieren Expertensysteme Stellensuchende aufgrund des Alters (O'Neill 2016). Perfider bleibt der gezielte Missbrauch. Noch relativ harmlos sind auf die momentanen Gefühle abgestimmte Sonderangebote. Kontaktnahmen mit dem Ziel Kontendaten zu erhalten oder gefälschte Strichcodes sind es schon weniger. Von aussen veränderte Facebook-Profile von Politikern oder als Bewerbungen getarnte Spionageprogramme bieten Anlass zur Sorge.

Im Grunde genommen wissen alle, wie man sich wehren kann: Zurückhaltung in den sozialen Medien, so wenig vernetzte Geräte wie möglich, Barzahlung und das absolute Minimum mobiler Applikationen. Die Entwicklung geht jedoch in die andere Richtung. Tatsächlich ist vieles bequemer, etwa das Bestellen von Gemüse oder die Wahl des Theaterplatzes von zuhause aus sowie automatisches Abbuchen des Trambilletts beim Einsteigen. Andere Dinge wie die Ladenkasse mit Selbstbedienung oder die automatisierte Hotelréception sind es weniger, selbst dann, wenn die Apparatur keine Panne hat. Solche Neuerungen werden immer als Innovationen und besserer

Dienst am Kunden dargestellt. Dabei wissen wir alle, dass es um Sparübungen und das Erfassen neuer Daten geht. Rechtfertigen Institutionen wie Krankenkassen oder regierungsnahe Betriebe sich auf diese Weise, so könnte das bei vielen Zweifeln am «System» säen. Dies wiederum hat den Begriff der Demokratiemüdigkeit geschaffen.

Allerdings gibt es seit Jahren eine Gegenbewegung. Diese bedient sich ebenfalls der Auswertung gestohlener Daten. Die bekanntesten Beispiele sind Wikileaks und Footballeaks. Einige fragen sich jedoch, ob diese Enthüllungen nicht ihrerseits Desinformationen sind (Engdahl 2012).

Dessen ungeachtet gehen politische und wirtschaftliche aktive Massnahmen weiter. So wollen Politiker das Bargeld abschaffen, um die Kriminalität wirksamer zu bekämpfen. FinTech-Start-ups wiederum versprechen höhere Sicherheit. Vor beidem wird aufgrund verstärkter Risiken und Überwachung gewarnt (Alexandre 2017). Ebenso fortlaufend erscheinen neue Enthüllungen.

Denken wir an morgen

Welches sind die Auswirkungen auf die Demokratie? Diese Staatsform bleibt die Hoffnung vieler, nicht zuletzt dank des Arguments der Informationsfreiheit. Tatsächlich werden Missstände wie Datenmissbrauch im «Westen» offen diskutiert. Andere sehen in ihr bloss die Tarnung machtbesessener Hinterleute. Zu gute Prognosen oder missgünstige Evaluationen sind typische Mittel der Machterhaltung, ebenso wie neue Formen der Kriminalität. Sabotierte 3-D-Druckdateien, elektronisch verfälschte Fernsehinterviews oder nachträglich veränderte Dokumente sind Beispiele dafür.

Grundsätzlich sollte man dem gesunden Menschenverstand vertrauen. Sind eine Information oder ein Angebot zu schön, um wahr zu sein, dann sind sie es. Mehr denn je gilt die alte Frage: «Wem nützt es, dass ich wie suggeriert denke und handle?» Vorher sollte man jedoch seine virtuelle Präsenz und die Unterwerfung an immer neue Datensammler hinterfragen. Hat am Ende der englische Dystopist Aldous Huxley nur teilweise recht: «Noch nie waren so viele so wenigen ausgeliefert?»



Daniel Stanislaus Martel

Dr. Daniel Stanislaus Martel ist Chefredaktor der unabhängigen Finanzzeitschrift *Point de Mire* und Gründungsmitglied der TSFC (The Swiss Fintech Convention). Vorher war er Berater für Privatsektorentwicklung (Private Sector Development Policy Advisor) des afghanischen Ministeriums für Handel und Industrie. Dort lancierte er unter anderem einen Inkubator für Unternehmerinnen und ein Technologiezentrum für lokale KMU und lieferte den Vorentwurf des Gesetzes über öffentlich-private Partnerschaften (Public-Private Partnership/PPP) Afghanistans. Ferner ist er Mitglied der Preisjury der internationalen Messe für Erfindungen Genf. Zuvor unterrichtete er Risikomanagement, Strategie und Management in Kabul und Genf. Auch als Trendscout und Ideengenerator für Start-ups ist er aktiv. Daneben hält er Vorträge. Dr. Daniel Stanislaus Martel promovierte an der Universität Genf über das Airbusprogramm.

Literatur

Agee, Philip (1975): *Inside The Company: CIA Diary*. New York: Stonehill Publishing Co.

Alexandre, Christophe (2017): Les crypto-monnaies: un engouement irrationnel? *Point de Mire. La tribune indépendante des entrepreneurs de la finance*. Été 2017, 13.

Bittman, Ladislav (1973): *Geheimwaffe D*. Bern: Verlag SOL.

Engdahl, William F. (2012): *Myths, Lies And Oil Wars*. Wiesbaden: Edition.Engdahl.

Graf, Urs (1989): *Aktive Massnahmen. Eine Einführung in die sowjetischen Techniken der Beeinflussung*. Zürich: Presdok AG.

Hoofnagle, Chris Jay (2007): Identity Theft: Making The Known Unknowns Known *Harvard Journal of Law & Technology* 21, 98–122.

Martel, Daniel Stanislaus (2015): ITSecuDay Geneva 2015: Le Big Data devient le grand enjeu. *Point de Mire. La tribune indépendante des entrepreneurs de la finance*. Été 2015, 26–27.

Miller, Arthur R. (1972): *The Assault On Privacy. Computers, Data Banks, And Dossiers*, New York, Signet.
Nord, Pierre (1971): *L'intoxication*. Paris: Editions rencontre.

O'Neill, Cathy (2016): *Weapons Of Math Destruction. How Big Data Increases Inequality And Threatens Democracy*. New York: Crown Publishing Company.

Wehler, Hans-Ulrich (1994): *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

DIE ABGEHÄNGTEN: BLINDE FLECKEN DER GESELLSCHAFT

Vor allem im Osten Deutschlands machen Proteste wieder sichtbar, dass die Wende 1989 keineswegs nur zu Gewinnern geführt hat. Auf vier Jahrzehnte DDR-Diktatur folgte ein Gesellschaftsumbruch in der Regie von westlichen Demokratiebringern, auf den die Mehrheit der Ostdeutschen so nicht vorbereitet war. In ihrem Beitrag wirft Yana Milev ein Licht auf die «Abgehängten», die sich als Gestrandete im eigenen Land fühlen – und sie entwickelt einen Zukunftsentwurf für eine partizipative Demokratie.

Keywords: Abstiegs-gesellschaft, Postdemokratie, Migration, Herabsetzung, Entwertung, Exklusion, Vulnerabilität, Kolonisierung, Neoliberalismus, Ostdeutschland, Zukunft

Yana Milev

«Kennen Sie vielleicht einen Abgehängten?» (Hank 2016) ist in der Headline der FAZ am 26.2.2017 zu lesen. Dazu ein Bild von einer Horde weisser verwahrloster Männer, die aussehen, wie weisse Aboriginals, Ureinwohner also, hängengebliebene Analphabeten, gewaltbereiter Gesichtsausdruck. Das Foto wurde in Texas aufgenommen und Mitte März 2017 vom Netz genommen. Seit dem Wahlsieg von Donald Trump ist sich die westlich-demokratische Welt darüber einig, dass es erstens: undemokratischer nicht hätte kommen können, und zweitens: die abgehängten weissen Männer sind schuld an seinem Wahlsieg (oder gar eine Wahlmanipulation aus Russland). Diese Meinungs-befindlichkeiten sind zu klären. Deshalb seien ein paar Fragen an den Anfang gestellt: Was ist an der quasi demokratischen Wahl Donald Trumps undemokratisch? Wer oder was löst weltweite Proteste aus? Wer ist die Protestmenge? Was hat sie zu befürchten? Wer sind die Abgehängten, jene Ursache und gleichzeitig Sündenbock für den Wahlsieg Donald Trumps? Und warum spiegelt sich das US-amerikanische Szenario mit den deutschen Befindlichkeiten?

Seit das Ende der DDR auf 1989 festgeschrieben wurde, der Unrechtsstaat der Justiz übergeben, die Mehrheit seiner Bevölkerung dem «krassen sozialen Wandel» (Clausen 1994) ausgesetzt, inszenieren neue Meinungsforschungs- und Umfrageinstitute, soziologische Institute, NGOs und andere Institutionen einen soziologischen Wendeerfolg der Wendemacher. In dieser Rechnung werden die Wendeverlierer, die Abgehängten aus dem deutsch-deutschen Projekt, über die nächsten 28 Jahre ausgeblendet. Es handelt sich hier um die Mehrheit der Ostdeutschen, die ab 1989 und nach 40 Jahren DDR mit Ereignissen konfrontiert wurden, auf die sie nicht vorbereitet waren. Die Erfolgsgeschichte wird bis heute vom Westen geschrieben, von den Demokratiebringern. Was heisst das? Um das besser zu verstehen, ist nicht nur ein Rückblick nötig, sondern eine Revision von Sozialgeschichte in Ostdeutschland zwischen 1989 und 2017.

Die vorliegende Auseinandersetzung sieht ihre Relevanz darin, aktuelle Debatten zur «Abstiegs-gesellschaft» (Nachtwey 2016) um den konkreten Teil der Ostdeutschen zu ergänzen. Sie möchte generell zu einem erweiterten Diskurs der Nachwende-Prekarität (Castel 2010) beitragen, in dem die *politische Psychologie* des Abstiegs in Ostdeutschland seit 1989 in den Fokus genommen wird. Ein angestrebtes Resultat aus dieser Hinterfragung wäre u. a. die besonders hohe Abwehr von Ostdeutschen gegen eine deutsche EU-Politik gesellschaftsdiagnostisch besser zu verstehen.

Es gibt kein gesellschaftliches «Wir» der Einheitswerte

Die im Jahr 2015 durch die amtierende deutsche Regierung veranlasste Flüchtlingspolitik multipliziert fundamentale gesellschaftliche Konflikte, für die es zurzeit noch keine angemessene Erklärung und erst recht keine Lösung zu geben scheint. Fakt ist, dass die Flüchtlingskrise – in Folge jüngerer EU administrierter Entscheidungen, wie mehrfache Bankenrettung seit 2007, die Krise der PIIGS-Staaten und des Weiteren Stellvertreterkriege wie in der Ukraine und in Syrien – die Bevölkerung in Deutschland massiv spaltet. Nach Meinungsumfragen des Instituts TNS¹ fordern 2016 rund 82 % der Deutschen von Kanzlerin Angela Merkel Kurskorrekturen in der Flüchtlingspolitik, die eine uneingeschränkte Grenzöffnung, eine uneingeschränkte Zuwanderung von Millionen papierlosen Muslimen, deren uneingeschränkte Integration in die sozialen Institutionen der Gesellschaft sowie einen uneingeschränkten Nachzug von Familienangehörigen befürwortet. Verschärft wird die Krise durch die mediale und parteipolitische Moderation: «Wir brauchen qualifizierte Arbeitskräfte», «Wir schaffen das», «Willkommenskultur», «Bedingungslose Hilfe für Kriegsflüchtlinge». Eine Verschärfung

1 Umfrage: Deutsche fordern Korrekturen in der Flüchtlingspolitik. Rund 82 Prozent der Deutschen fordern von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) Kurskorrekturen in der Flüchtlingspolitik. Die befragten Deutschen äussern sich ebenfalls zu eine Wunschkoalition nach der Bundeswahl 2017, FOCUS Online, 10. September 2016, http://www.focus.de/panorama/videos/meinungstrend-unter-deutschen-buergern-umfrage-deutsche-fordern-korrekturer-fluechtlingspolitik_id_5920207.html (20. März 2017).

deswegen, weil die Propaganda der Zeit selbst den politisch Ungebildeten als *Euphemisierung* der Situation auffällt und weil im Zuge der Flüchtlingspolitik auf der anderen Seite ganz andere Konjunkturen scheinbar plötzlich aufbrechen: soziale Ungleichheit, Vermögensungleichheit, wachsender Niedriglohnsektor, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Kinderarmut, Altersarmut und darüber hinaus, Symptome einer abgehängten Bevölkerung. Trotz des gigantisch aufgeblasenen Globalisierungseuphemismus leben wir in Prekarisierungs- und Abstiegs Gesellschaften (Marchart 2013). Daraus folgt: Es gibt kein gesellschaftliches «Wir» der Einheitswerte, das akklamatorisch festgeschrieben werden kann. Die «Wir»-Forderung aus «Wir schaffen das» wirkt als unangemessene Überforderung im Spiegel sozialer Tatbestände. Diese Tatbestände können unmöglich ad hoc generiert worden sein. Wahrscheinlicher ist, dass sie seit der deutsch-deutschen Wende sorgsam überdeckt wurden. Mit den aktuellen gesellschaftlichen Fundamentalkrisen brechen sie an die Oberfläche und verzerren das gewünschte Bild einer «Demokratie ohne Grenzen».

Eine unsichtbare Migrationsgruppe

Der vorliegende Text will Teile der ostdeutschen Bevölkerung, Verlierer der deutsch-deutschen Wende nach 1989, plus Verlierer der Globalisierungswende (EU) nach 2002, ihre Geschichte der sozialen Mobilität, der Prekarisierung und ihre Proteste, thematisieren. Jene «Abgehängten» werden dieser Tage mit einer, aus ihrer Sicht, dritten Wende des Abgehängtwerdens konfrontiert – mit der Flüchtlingspolitik der amtierenden Regierung. Hier scheint eine kollektive Schmerzgrenze ultimatim überschritten zu sein. Soziale Widerstandsräume und Bruchlinien lassen sich nicht mehr retuschieren. Dennoch wird Vielen klar: Im Moment kollidieren Fakten und Faktoren, die sich nicht miteinander vertragen, die weder miteinander zu verhandeln noch zu vereinbaren sind. Auf der einen Seite gehen Medien und Parteien in Angriff über, wollen keinen Zusammenhang mit den seit 28 Jahren produzierten gesellschaftlichen Realitäten sehen, zu denen soziale und kulturelle Gräben gehören. Auf der anderen Seite wird eine bisher unsichtbare Bevölkerungsgruppe sichtbar, die Wendeverlierer, die durch Entwertung und Ausgrenzung Entwurzelten (Schultheis/Fringshelli 2003), die ostdeutschen «Flüchtlinge» im Einheitsdeutschland, Randständige, über die man so nicht sprechen darf. Aber auch hier wird eine Europa-Euphemisierung die binnenräumlich produzierten sozialen Tatsachen (Schoelkopf 2008) auf Dauer nicht überdecken können. Bisher konnten übergeordnete Organisationen wie die BRD oder die EU den Status dieser Bevölkerungsgruppe gut nivellieren. Sie ging einfach unter. Hochrechnungen werden nunmehr an gemischten Populationen vorgenommen. Dabei werden Probleme

künstlich ausgeblendet, wie zum Beispiel die Folgen der rapide gesunkenen Fertilitätsrate von Ostfrauen nach der Wende oder die in der DDR unbekannte Diskriminierung der Frau und daran anschließend die Konstruktion des Gleichstellungsdiskurses.

Die allgemeine (westdeutsche) Erwartung, dass sich eine abgehängte Bevölkerungsgruppe karitativ den demografischen und sonstigen Problemen des Staates – der als solcher spätestens seit der EU-Wende nicht mehr wahrgenommen wird – stellen sollte, ist verfehlt und vermessen. Da es keine Thematisierung, geschweige denn Wiedergutmachung der sozialen Missstände in Ostdeutschland gegeben hat (und aus der Sicht bundesdeutscher Demokratiepoltik nicht geben darf), entstehen unausgesprochen Ausschluss, Festschreibung von kollektiv erlebten Traumata (Bartens 2014) und Feindbildern. Die Medien tun dabei ihr Übriges, auch die Diskurse von Intellektuellen, die einfach nur pauschalieren, ohne die soziologischen Details zu kennen, geschweige denn die sozialen Felder aus der Nähe. In «Soziales und kollektives Gedächtnis» spricht Aleida Assmann (2006) über die Differenz zwischen offiziellem und inoffiziellem Gedächtnis. Entwertungen, Beschädigungen an der Menschenwürde, die kollektiv traumatisch erlebt wurden, gehören zu einem inoffiziellen Gedächtnis der Ostdeutschen. Da dieses Gedächtnis auch noch dem «verordneten Vergessen» (Simon 1997: 25) preisgegeben wird, wie es Dieter Simon nennt (und darüber hinaus der verordneten Verfolgung), bleiben am Ende Symptome akuter Prekarisierung und psychischer Erkrankungen, die an die Ämter und Krankenkassen delegiert werden.

Gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit

«Die *Abgehängten* der Gesellschaft wählen Populisten, lassen sich verführen und sind unberechenbar. Die nicht-abgehängten Privilegierten suchen nun die Schuld bei sich», so Rainer Hank (2016) in der FAZ. Was in dieser Rhetorik deutlich zu Tage tritt, ist eine kollektive Fassungslosigkeit der Privilegierten, die sich entsetzt die Hände vors Gesicht schlägt und alle nur denkbare «Schuld» auch nur ansatzweise mit grossen Gesten von sich weist. In diesem Spektakel, von den Leitmedien hervorragend inszeniert, wird der Aspekt der *gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit*, der Übertragungen und Projektionen, besonders gut deutlich. Jedoch gibt es keinen Feind, im Sinne des «rechten Mob» oder der «rechten Hetzer». Es sind Sinnkonstrukte in sozialen Räumen, die schwer verletzt wurden und nunmehr eine hohe *Vulnerabilität* aufweisen. Das sollte ernst genommen werden, was zur Folge hätte, eine chronische Entwertung Andersdenkender einzustellen.

Zum Thema der systematischen Entwertung von Ostdeutschen nach 1989 liegt nur spärlich Literatur vor.

Vivian Heitmanns Studie «Unverbindliche Welten? Die Wiedervereinigung aus der Sicht von psychisch Kranken und ihrem sozialen Umfeld» (1999) ist deshalb ein Perle im Sandhaufen. Sie hat zwischen 1990 und 1994 eine Studie erhoben, die sich zum Ziel setzte, wie sie selbst schreibt: «derjenigen Seite Gehör zu verschaffen, deren Erfahrungen durch die Wiedervereinigung nichtig geworden zu sein schienen.» (Heitmann 1999: 8)

Katastrophensoziologisches Szenario

Lars Clausen schreibt 1994, fünf Jahre nach der Wende, in «Krasser sozialer Wandel» treffend: «Die beiden Deutschlands haben viel miteinander gemein – bis auf die Sprache. Wir reden – und wir fühlen – mehr aneinander vorbei, als beide Seiten je und je bemerken können.» (Clausen 1994: 229) Diese Tatsache der Sprachlosigkeit hat sich mittlerweile in einem gewachsenen und sogar verhärteten Konflikt ausgeweitet. Der Beginn der Beobachtung und Analyse des Konflikts, der im Wesentlichen eine sich steigernde Inkohärenz in gesellschaftlichen Sinn- und Wertekonstrukten sowie in Demokratie- und Freiheitsbegriffen Ost/West beinhaltet, wird in dieser Auseinandersetzung auf 1989 datiert. Es wird davon ausgegangen, dass sich die sozialen Tatsachen in Ostdeutschland derart komplex überlagern, dass weder nur eine Generation oder nur ein Symptom untersucht werden kann, um der ganzen Geschichte Rechnung zu tragen. So liegen im Beobachtungs- und Analyseverfahren Ostdeutschlands mehrere gesellschaftliche Wendeereignisse und Transformationskrisen für den in Betracht kommenden Beobachtungszeitraum ab 1989 bis heute übereinander.

Diese einmal isoliert voneinander zu betrachten wäre aus drei Gründen von Bedeutung: Erstens ist alleine schon eine Transformationskrise in der Art der «Wende» ein krasser sozialer Wandel (Clausen), mehrere davon in schneller Abfolge erzeugen soziale Anomie (Durkheim) oder kollektives Trauma (Assmann 2006). Zweitens gilt die ostdeutsche Bevölkerung in Bezug auf weitere gewünschte neoliberale und demokratische Wendungen mittlerweile als reaktionär. Denn neuerdings brechen hier bisher unbekannte Protest- und Widerstandsräume auf. Drittens hat man es versäumt, den von Ostdeutschen durchaus gewünschten Dialog aufzunehmen, und steht jetzt vor dem «überraschenden» Tatbestand potenzieller Sprachlosigkeit und Ablehnung, der «naturgemäss» mit «westlicher Wertegrossmäuligkeit» (Poschardt 2014) übergangen und gelegnet wird. So schreibt Bernd Ulrich am Ende seines Artikels «Wie Putin spaltet» noch im Jahr 2014: «So treffen in diesen Wochen Weltsichten aufeinander, die allem Anschein nach längere Zeit nicht miteinander ausgetauscht wurden.» 2014 scheint lange zurück zu liegen, denn etwaige Meinungsgräben werden heute nur noch mit Hate-Speech und

verbaler Kriminalisierung bewältigt. Angemessen wäre eine versäumte sozialpsychologische Anomie-debatte, die im Jahr 1989 hätte ansetzen müssen, nachzuholen, um das kollektive Befinden im «Osten» besser zu verstehen, als es weiterhin zu entwerten. Genau auch dazu möchte diese Auseinandersetzung beitragen.

Die Abgehängten: Ein generatives Problem

Die vorliegende Auseinandersetzung unternimmt deshalb den Versuch, die subkutane Entstehungsgeschichte der gesellschaftlichen Gegenkräfte, wie sie aktuell ebenfalls in der gesamten deutschen Gesellschaft wahrgenommen werden, synchron zu der Entwicklungsgeschichte der Privilegierten und des neu-deutschen Establishments, aufzudecken, also eine Globalisierungsrevolte von unten herzuleiten, die sich aktuell in gesellschaftspolitischen Widerstandslagern bemerkbar macht. Dabei ist eine Genealogie der sukzessive abgehängten Bevölkerung seit 1989 von Interesse, mit besonderem Fokus auf Ostdeutschland im Gebiet der ehemaligen DDR. Besprochen werden hier drei Generationen der zwischen 1945 und 1975 Geborenen. Die beobachtete Bevölkerungsgruppe, die zur Wendezeit in einem ausbildungs- und berufsfähigen Alter (14–44) war, gelernt und qualifiziert und/oder über viele Jahre werktätig in Berufen stand, ist von da an bis heute in eine Geschichte der Entwertung, Herabsetzung und Ausgrenzung geraten, das heisst, sie wurde von Chancengleichheit und politischer Partizipation ausgeschlossen, bei gleichzeitiger medialer Verbrämung ihres Schicksals. Es ist genau diese subkutane Gesellschaftsgeschichte der s.g. Gegenkräfte, der Abgehängten, welche die Geschichte der *sozialen Mobilität* in Deutschland seit 1989 erst komplett macht.

Antagonistische Mobilitäten

Es sind einige Millionen Menschen, die in diese Beobachtungsgruppe fallen. Die letzte Volkszählung in der DDR ergab 1988 etwa 17 Millionen Einwohner. 1989 flüchteten etwa 150.000 «DDR-Flüchtlinge»; sie folgten den «Picknick-Flüchtlingen»² über die grüne Grenze nach Ungarn und Österreich. Nach der Wende erfolgten dramatische Arbeitsmigrationen in den Westen, was den Bevölkerungsanteil Ostdeutscher auf dem ehemaligen Territorium der DDR rapide schrumpfen liess. Ein paar Jahre später kam es zu den berühmten Rückzügen Entwurzelter, die weder im Westen Fuss fassen konnten, noch die alte «Heimat» vorfanden. Die Abgehängten wurden zu Gestrandeten und später zu Entwerteten im eigenen Land, zu einer unsichtbaren Migrationsgruppe der negativen

² 19. August 1989. Die erste Massenflucht aus der DDR. Bis zur Maueröffnung sollte es noch rund drei Monate dauern, doch an der österreichisch-ungarischen Grenze wurden die Barrieren schon am 19. August 1989 durchbrochen. Rund 600 DDR-Bürger nutzten ein «Picknick» der Paneuropa-Union für eine spektakuläre Massenflucht. Sie hatten ein erstes grosses Schlupfloch gefunden, Spiegel Online, 16. August 1999, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/19-august-1989-die-erste-massenflucht-aus-der-ddr-a-35349.html> (21.3.2017).

sozialen Mobilität. Sozialer Abstieg entkoppelt Ostdeutsche aus dem deutsch-deutschen Projekt und lässt sie nach und nach als Vertriebene und Flüchtlinge im eigenen Land still werden. «Menschen 2. Klasse», die keinen Anschluss finden und in der Unsichtbarkeit von Plattenbauten oder Reha-Kliniken verschwinden. Als «Lost Generation» von Hoyerswerda und Rostock, von Halle und Frankfurt (Oder) wurden sie in der Springerpresse bekannt.

In gegenläufiger Bewegung fanden Arbeitsmigrationen Westdeutscher in den Osten statt. Diese kamen mit Lobbys, Westgehältern und Buschzulage³ und hatten die Aufgabe, alle öffentlichen Ämter in Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Politik zu besetzen.

Das spezifische Problem dieser Geschichte liegt in der Selbstermächtigung des «Westens» als Hüter einer Demokratiecausa von Einheitswerten für Gesamtdeutschland seit 1989, die es so vorher und auch seitdem nie gab. Dieser Selbstermächtigungsakt des «Westens» in Bezug auf gesellschaftliche Gesinnungsethik und Werteschöpfung verlief deshalb diametral zu anders denkenden und lebenden Gesinnungen des «Ostens» und verschärfte eine diesbezüglich vorhandene Inkohärenz. Betroffenheit wurde an dem Punkt ausgelöst, als das Andere (spätestens ab 2014) zum «Rechten» bzw. «Neu-Rechten» erklärt wurde. Betroffenheit deshalb, weil sich für Viele der ostdeutschen Bevölkerung etwas wiederholt, was sie aus Stasi-Zeiten kannten: das Verbot einer anderen Sicht und Rede.

Das Wissen des «Anderen», das quasi nicht vorgelesen war und das nunmehr auf der Grundlage des «besseren Arguments» (Porello 2017) bzw. des «herrschenden Arguments» diskriminiert und stigmatisiert wird. Dieser Prozess der gegenläufigen Migrationen und antagonistischen Mobilitäten, zwischen der etablierten Gesellschaft der Wendegewinner (West) und der unsichtbaren Gesellschaft der Wendeverlierer (Ost), ist ein bisher unerhörter, jedoch längst überfälliger Konflikt.

Postdemokratie: Doppelbödigkeit der Wendeversprechen

Mit der wirtschaftlichen Wiedervereinigung im Jahr 1990 war über eine gegenseitige Fremdheit hinaus ein entscheidender trennender Gesichtspunkt hinzugetreten: die «Entwertung der elementaren materiellen und mentalen Dispositionen aus DDR-Zeiten» (Rauschenbach 1995). Das deutsch-deutsche Projekt ist ein exemplarisches Beispiel der *Postdemokratie*, das mit gigantischen Versprechen für die Bevölkerung in Ostdeutschland eingeleitet wurde, die als «Wendeversprechen» unter der Ägide Kohl bekannt

geworden sind. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl versprach den Ostdeutschen *blühende Landschaften*⁴ – ein Sinnbild für eine Vision ökonomischer Zukunftsperspektiven. Nebst den «Blühenden Landschaften» versprach Kohl eine «geistig-moralische Wende»⁵, also einen Regime-Change. Diese politische Losung war die Wendelosung für eine bessere Demokratie. In dem Moment, wo Ostdeutschland in der totalen Submission war, konnte die soziale Abhängigkeit zu den Wendeversprechen verstärkt und ausgebaut werden. Gleichzeitig zu den sozialen Abhängigkeiten von den «Wendeversprechen», hat die BRD ein *sozialpsychologisches und psychopolitisches Vakuum* hergestellt, jene *Blinde Flecken der Gesellschaft*, die auf der rhetorischen Landkarte der Wiedervereinigung einfach nicht existieren. Mit diesen Strategien der Postdemokratie konnten Wendegewinner ungehemmt den Raum neu besetzen. Das Projekt «Landnahme Ost», wie ich es nach dem von Klaus Dörre entwickelten Theorem der «neuen Landnahme» (Dörre 2009: 21–26) bezeichnen möchte, auch als Projekt «Aufschwung Ost» bekannt geworden, prosperierte. Ohne Ostdeutsche. Dieser Ausschluss ist der Beginn einer neuen, innerdeutschen Kolonialepisode, die mit weiteren Transformationskrisen überdeckt wird. In der Konsequenz wird bis heute kollektives Wende-Trauma als Tabuthema institutionalisiert.

Kurswechsel

Was wurde versäumt? Was lässt sich korrigieren? Wie sieht ein Zukunftsentwurf für eine demokratische Gesellschaft der Chancengleichheit und politischen Partizipation aus?

Aus meiner Sicht sollte der Widerstand in Bevölkerungen gegenüber weiteren Massnahmen kapitalistischen Umbaus der Gesellschaft ernst genommen werden. Der deutsche Kapitalismuskritiker Walter Benjamin hat für diese Forderung das *Rezept zur Katastrophenunterbrechung* hinterlassen: «Der Begriff des Fortschritts ist in der Idee der Katastrophen zu fundieren. Dass es so weiter geht, ist die Katastrophe.» (Benjamin 1990: 683)

Das Innehalten auf dem Laufband kapitalistischer Katastrophen-Akkumulation ist das Gebot der Zeit. *Widerstand heisst Fortschrittsunterbrechung* – und Umkehr. In einer zeitgemässen Übersetzung würde dies «Globalisierungsunterbrechung» heissen. Bisher züchtete der Kapitalismus, in seinem postpolitischen Erbe der Global Governance, seine Kritik, um sich mit ihr und durch sie zu akkumulieren. Um an dieser Stelle den Kreis zum Textanfang zu schließen: Neuerdings stehen sich in der Arena der «Entsetzten» neue Akteure gegenüber. Globalisten und

³ Buschzulage, Wikipedia, <https://de.wikipedia.org/wiki/Buschzulage> (22.3.2017).

⁴ *Blühende Landschaften*, Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Blühende_Landschaften (23.3.2017).

⁵ *Geistig-moralische Wende*, Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Geistig-moralische_Wende (23.3.2017).

Globalisierungskritiker auf einer Seite und machen gemeinsam Front gegen eine ganz neue Seite – gegen den aus ihren Kollateralschäden hervorgegangenen subkutanen Widerstand, gegen die Abgehängten. Das ist die entscheidende Änderung auf der Bühne der Globalisierung. Mit dem Eintritt der Abgehängten in die Arena (der Globalisierung qua Demokratisierung) müsste sich auch eine bisherige Globalisierungskritik einer unfreiwilligen Rechenschaft unterziehen. Die fassungslosen (Medien-)Rufe wie «Angriff auf die Globalisierung» zeigen diesen Szenewechsel, der auf ein Ende der Globalisierung und seine bisherige Kritik hinausläuft, deutlich an.

Die Demokratie demokratisieren

Die Demokratie zu demokratisieren ist für die «Abgehängten» eine prospektive Forderung. Denn die zentrale Frage der Demokratie lautet immer noch: «Dürfen die Ausgeschlossenen sprechen?» (Stegemann 2017) Und wenn ja, was würden sie sagen? Ändern wir doch einfach mal die Perspektive und richten den Blick nach innen. Drosseln wir doch einfach mal die Geschwindigkeiten von Industrie 4.0 und Big Data. Halten wir mal die Revolution of Military Affairs (RMA) an, den Krieg um Energieressourcen und Peak Oil, den Krieg um Märkte, Wachstum und Leadership. Versuchen wir mal die gut finanzierten Trends der Globalisierungsindustrie und Hightechkreativen und ihrer Diskurse wie «Transnational movements» oder «The Futures of World Society» zu unterbrechen. Versuchen wir mal auf Menschengruppen zu schauen, deren «andere» Sprachen übergangen werden, deren soziale Zugehörigkeit verwehrt wird und auf deren Dialogbedürfnis mit Ignoranz geantwortet wird. Versuchen wir mal, kollektive Bedürfnisse der Gegenwart, ob in Deutschland, in Europa oder den USA, nicht als aufkeimenden Faschismus zu entwerfen oder als gescheiterten Integrationsmarkt, sondern als etwas genuin Soziales anzuerkennen. Als Gegenantwort auf systematische Unterwerfung. Menschen haben Bedürfnisse nach Kollektiven, Herkunft, Zugehörigkeit, Sprache und Raum. Sie brauchen kollektive Bezugsrahmen, ritualisierte Erinnerung und ein reproduktives Gedächtnis, um zu überleben. Nehmen wir den Widerstand gegen den neoliberalen Kontrollverlust in (Ost-)Deutschland und auch sonst auf der Welt ernst und sehen darin Lösungsansätze.



Yana Milev

Yana Milev, nach Studium der Kunst und künstlerischer Karriere (documenta 1997) ging sie für ethnografische Studien nach Japan. Im Anschluss Promotionsstudium für Philosophie und Habilitation. Privatdozentin für Kulturosoziologie der Universität St. Gallen (HSG), Forscherin am Sfs der HSG und Projektleiterin am ICS der ZHdK Zürich.
<http://www.aobbme.com/yana-milev/>

Literatur

- Assmann, Aleida (2006): Soziales und kollektives Gedächtnis (S. 1-8), in: Sabine Peschel, Panel 2: Kollektives und soziales Gedächtnis, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), PDF_Vortragspapier, www.bpb.de/system/files/pdf/0FW1JZ.pdf, hochgeladen am 2.5.2006, URL: <http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/128665/panel-2-kollektives-und-soziales-gedaechtnis>, gesichtet am 27.8.2017.
- Bartens, Werner (2014): *Traumatische Erlebnisse prägen das Erbgut. Depression und Trauma werden häufig an die nächsten Generationen weitergegeben, auch wenn sie zunächst nicht genetisch sind. Über soziale Prägung also? Forscher haben nun herausgefunden, dass Erlebnisse auch die Gene verändern können*, SZ.de, 14.4.2014. <http://www.sueddeutsche.de/gesundheit/genetik-traumatische-erlebnisse-praegen-das-erbgut-1.1936886> (21. März 2017).
- Benjamin, Walter (1990): *Gesammelte Schriften*, Bd. 1.2, Hg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schwegphäuser. Frankfurt/Main, S. 683.
- Castel, Robert und Klaus Dörre (Hg.) (2010): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/Main: Campus.
- Clausen, Lars (1994): *Krasser sozialer Wandel* (Kieler Beiträge zur Politik und Sozialwissenschaft). Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften; sowie Opladen: Leske+Budrich.
- Dörre, Klaus (2009): *Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus* (S. 21–86), in: Klaus Dörre, Stephan Lessenich, Hartmut Rosa, *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hank, Rainer: *Kennen Sie vielleicht einen Abgehängten? Die «Abgehängten der Gesellschaft wählen Populisten, lassen sich verführen und sind unberechenbar. Die nicht-abgehängten Privilegierten suchen nun die Schuld bei sich»*. Ein Kommentar, FAZ.NET, 27.11.2016. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/abgehaengte-sind-der-neue-geist-der-gesellschaft-14546418.html#void> (20. März 2017).
- Heitmann, Vivian (1999): *Unverbindliche Welten? Die Wiedervereinigung aus der Sicht von psychisch Kranken und ihrem sozialen Umfeld*. Tübingen: Edition Diskord.
- Marchart, Oliver (2013): *Prekariisierungsgesellschaft: Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekariisierung*. Bielefeld: Transkript.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft – Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Porello, Niklas (2017): *Die Stigmatisierung der Rechten. Diskriminierung anderer – eine Folge des besseren Arguments?*, in: *soziologie-heute*, das soziologische Fachmagazin, Heft 52, April, S. 10 ff.
- Poschardt, Ulf (2014): *Der Westen soll Putin umarmen*, *Die Welt-Online*, 3.3.2014. <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article125387514/Der-Westen-sollte-Putin-umarmen.html> (23.03.2017).
- Rauschenbach, Brigitte (1995): *Deutsche Zusammenhänge. Zeitdiagnose als politische Psychologie*. Zürich: Edition Interfrom.
- Schoelkopf, Katrin (2008): *Entwurzelung ist die gefährlichste Krankheit*, *Welt N24*, 8.11.2008. https://www.welt.de/welt_print/article2692014/Entwurzelung-ist-die-gefaehrlichste-Krankheit.html (20.03.2017).
- Schultheis, Franz und Christine Frisinghelli (Hg.) (2003): *Pierre Bourdieu. In Algerien: Zeugnisse der Entwurzelung*. Graz: Edition Camera Austria.
- Simon, Dieter (1997): *Verordnetes Vergessen* (S. 25), in: Gary Smith, Avishai Margalit, *Amnestie oder Die Politik der Erinnerung*. Frankfurt a.M.
- Stegemann, Bernd (2017): *Das Gespenst des Populismus. Ein Essay zur politischen Dramaturgie*. Berlin: Theater der Zeit.
- Ulrich, Bernd (2014): *Wie Putin spaltet, Die Zeit*, 10. April 2014.

POLITISCHE BEWEGUNGEN ALS AKTEURE DER ZUKUNFT

Gegründet nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, ist die Operation Libero zu einer starken politischen Kraft geworden, die den meisten Beobachtern inzwischen bekannt ist. An ihre Erfolge will sie auch in Zukunft anknüpfen und die politische Landschaft bereichern. Das Gründungsmitglied Nicolas Zahn behandelt im Beitrag das zunehmende politische Gewicht von Kampagnenbewegungen, die sich nicht im herkömmlichen parteipolitischen Spektrum bewegen.

Keywords: Demokratie, Operation Libero, flache Hierarchien, Kampagnenbewegungen, Onlinepetitionen, Masseneinwanderungsinitiative

Nicolas Zahn

Sie hat sich als erstaunlich resistente Regierungsform erwiesen, die Demokratie. Und dies, obwohl oder vielleicht gerade weil sie über die Jahre immer wieder Anpassungen erfahren hat. Wahlrechte wurden verändert, institutionelle Regeln justiert. Oder ganz einfach: Die Welt hat sich verändert und mit ihr die Demokratie. Sie kennt ihn also bereits, den Zustand der stetigen Veränderung und Bewegung. Doch die Erde dreht sich immer schneller und der damit verbundene Druck, sich neuen Realitäten und Vorstellungen der Bevölkerung anzupassen, wird grösser werden: Die Globalisierung produziert Kontrollverlust-Ängste in der Bevölkerung. Und wer glaubt, die Kontrolle zu verlieren, will mehr von dieser Kontrolle, will mehr Mitsprache, will mehr Macht im politischen Prozess.

Die Schweiz ist hier gar nicht so schlecht gerüstet mit der direkten Demokratie, den Möglichkeiten zu Volksinitiativen und Referenden. Elemente, welche in vielen anderen Demokratien entweder komplett fehlen oder nur halbherzig geduldet werden. Wir können direkter auf den politischen Prozess einwirken als in rein repräsentativen Demokratien und haben viel öfter die Möglichkeit, politische Entscheide zu fällen.

Und mit «Wir» meine ich nicht nur Bürger, sondern auch Organisationen wie die Operation Libero: Gerade die Möglichkeiten der direkten Demokratie haben auch dazu geführt, dass wir mit der Operation Libero überhaupt erfolgreich sein konnten; dass wir Kampagnen machen konnten und Abstimmungen gewinnen.

Während in repräsentativen Demokratien Wahlkampagnen praktisch nur für Parteien, deren Parteiprogramme und deren Kandidaten durchgeführt werden, sind Kampagnenbewegungen wie die Operation Libero thematisch selektiver und versammeln oft verschiedenste Parteien und Organisationen unter einem Dach.

Kampagnenbewegungen sind agil, flexibel, inklusiv, fokussiert. Und haben darum alle Voraussetzungen zu Fitnesstrainern für die Demokratie. Erstens können sie Menschen zu einem konkreten Thema mobilisieren. Umso besser das klappt, umso eher geraten Parteien bei diesem Thema unter Druck, sich klar zu positionieren. Zweitens sind Kampagnenbewegungen nicht der gleichen Logik wie Parteien unterstellt. Sie stehen nicht unter Druck, allen potentiellen Wählern zu gefallen. Dies gibt ihnen die Freiheit, nicht nur inhaltlich selektiv zu sein, sondern auch in anderen Bereichen Experimentierfreude an den Tag zu legen. Sie sind freier, neue kommunikative Formate und Kanäle zu erproben, und können auch neue Technologien meist schneller adaptieren und ausprobieren. Schliesslich, als Folge des ersten Elements, können Kampagnenbewegungen auch längerfristig die Parteienlandschaft beeinflussen, da sie als «Einstiegsdroge» für Individuen dienen können, welche nach dem Engagement bei einer Kampagne doch noch Gefallen an der Parteipolitik finden und beitreten.

2014 nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative gegründet, hat sich die Operation Libero vom freundschaftlichen Politprojekt zu einer starken politischen Kraft gemausert. Angetreten mit dem Ziel, mit gesellschafts- und wirtschaftsliberalen Positionen das Chancenland Schweiz zu verwirklichen, ist die Bewegung den meisten Beobachtern seit der erfolgreichen Gegenkampagne zur Durchsetzungsinitiative ein Begriff. Die bisherigen Aktionen der Operation Libero stehen stellvertretend für das Potenzial von Kampagnenbewegungen, auch in Zukunft die politische Landschaft auf Trab und somit fit zu halten.

Ein Beispiel dafür, wie wichtig das sein kann, ist die schweizerische Europapolitik. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat die ohnehin komplexen Beziehungen mit der EU weiter belastet und es ist absehbar, dass die Europapolitik auch in Zukunft sehr relevant bleiben wird. Dennoch fehlt es in der

Parteienlandschaft oft an klaren Vorstellungen und Ideen für das weitere Vorgehen. Nicht nur in Bezug auf die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, sondern auch generell in Bezug auf unser Verhältnis zu Europa. Es fehlt an europapolitischen Zielen. Oder noch drastischer: Es fehlt überhaupt schon eine Europapolitik, die diesen Namen verdient. Operation Libero versucht seit Beginn, die Parteien in Verantwortung zu nehmen. So verfolgen wir beispielsweise die Äusserungen verschiedenster Parteien kritisch und fordern sie notfalls auch zu Klarstellungen auf.

Um als Fitnesstrainer zu fungieren, müssen wir selber fit bleiben. Hierzu setzt Operation Libero seit Beginn und trotz fortschreitender Professionalisierung auf flache Hierarchien, um schnell agieren zu können. So können wir relativ schnell auf aktuelle Entwicklungen in unseren Kernthemen reagieren. Wir setzen dabei auf erprobte Mittel wie E-Mails und gehen neue Wege auf Social Media. Von Onlinepetitionen zu Videos über Live-Schaltungen bis Memes: Wir experimentieren mit verschiedensten Formaten. Mit einer Gruppe von sogenannten «Online-Warriors» versuchen wir zudem, die Deutungshoheit im digitalen Raum nicht den Polterern zu überlassen und unsere Inhalte auch in den Kommentarspalten zu verteidigen. Diverse unserer Experimente haben – mal mehr, mal weniger erfolgreich – bereits ihren Weg in die Parteienlandschaft gefunden, sowohl was die Organisationsstruktur als auch was die Kommunikation betrifft. Es ist uns ein grosses Anliegen diese Experimentierfreude beizubehalten und auch die Einsatzmöglichkeiten aktueller und zukünftiger Technologien im politischen Prozess auszureizen, beispielsweise das elektronische Sammeln von Unterschriften für Initiativen oder die Einreichung von Bürgerpetitionen.

Die Vision von Operation Libero ist die Schweiz als Chancenland. Elementarer Bestandteil des Chancenlandes sind auch liberale Institutionen wie der Rechtsstaat, funktionierende Parlamente und somit auch Parteien. Auch wenn Kampagnenbewegungen wie die Operation Libero als politisches Fitnessprogramm wirken, so werden Parteien in der Demokratie nicht obsolet, sondern werden auch in Zukunft ihren festen Platz im politischen Prozess haben. Doch sie werden zukünftig noch vermehrt durch Kampagnenorganisationen ergänzt werden, welche Druck von aussen machen.



Nicolas Zahn

Nicolas Zahn ist Co-Präsident und Gründungsmitglied der Operation Libero. Nach seinem Studium der Internationalen Beziehungen und Arbeitseinsätzen in der Verwaltung und Think-Tanks arbeitete er als Projektmanager in der Finanzindustrie. Ab kommenden Herbst wird sich Nicolas Zahn im Rahmen des Mercator Kolleg für Internationale Aufgaben mit der Thematik E-Government befassen.

WIE GLOBALISIERUNG UND MEDIATISIERUNG UNSERE DEMOKRATIEN VERÄNDERN

Der Nationale Forschungsschwerpunkt NCCR Democracy hat während zwölf Jahren erforscht, wie sich Demokratien im Zuge der Globalisierung wandeln, wie der Aufstieg der Populisten in Demokratien zu erklären ist und welche Rolle dabei das sich verändernde mediale Umfeld spielt.

Keywords: NCCR Democracy, Populismus, Globalisierung, Mediatisierung, Pluralismus

Daniel Kübler

Venezuela, Ungarn, Polen, Österreich, Frankreich, die Schweiz und die USA: Populisten konnten in vielen demokratischen Wahlen Erfolge feiern, in einigen Staaten stehen sie sogar an der Regierungsspitze. Der Aufstieg der Populisten ist aussergewöhnlich und Zeichen einer politischen Malaise. Der Wahlerfolg der Populisten beruht offensichtlich auf der Unzufriedenheit von Bürgerinnen und Bürgern mit den etablierten Parteien und Politikern.

Das Dilemma des demokratischen Regierens

In Demokratien müssen sich gewählte Regierungen und Politiker um Bürgernähe bemühen. Im Rahmen der sogenannten «*electoral responsiveness*» wird von ihnen erwartet, dass sie die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufnehmen und politische Forderungen umsetzen. Dem gegenüber stehen konkrete gesellschaftliche Probleme, die Regierende lösen müssen. Allerdings können sich Regierungen nicht nur um die konkreten Bedürfnisse ihrer Wählerschaft kümmern, sondern sind auch in gewisse Zwänge eingebunden. Dies können Rücksichtnahmen auf Vereinbarungen mit Koalitionspartnern sein oder Entscheidungen der Vorgängerregierung, welche nicht rückgängig gemacht werden können. Sie unterstehen also einer «*governmental responsibility*», was ihre eigene Wählerschaft nicht unbedingt nachvollziehen kann.

Es liegt daher auf der Hand, dass zwischen «*electoral responsiveness*» und «*governmental responsibility*» ein Spannungsfeld entsteht, welches zu Kritik an Regierung und Eliten führen kann. Die Kunst demokratischen Regierens besteht darin, das Spannungsfeld zwischen diesen beiden Ansprüchen zu überbrücken (Mair 2009 und Mair 2011). Denn politische Akteure sind in Demokratien nur dann dauerhaft erfolgreich, wenn sie die Anforderungen der Bürgernähe und Regierungsverantwortung gleichzeitig erfüllen oder zumindest im Gleichgewicht halten können.

Das Forschungsprojekt NCCR Democracy

Der Ausgangspunkt des Forschungsprogramms des «NCCR Democracy» bestand darin, zu untersuchen, ob und inwiefern Globalisierung und Mediatisierung das Spannungsfeld zwischen Bürgernähe und Regierungsverantwortung in Demokratien beeinflussen und wie es um die Fähigkeit der politischen Akteure steht, diesen beiden Anforderungen gerecht zu werden. Der nationale Forschungsschwerpunkt war an der Universität Zürich angesiedelt und wurde vom Schweizerischen Nationalfonds mitfinanziert (Laufzeit 2005 bis 2017). In den vergangenen zwölf Jahren wurden 50 Forschungsprojekte realisiert, an welchen insgesamt rund 140 Forscherinnen und Forscher von 19 Universitäten und Fachhochschulen beteiligt waren.

Globalisierung schränkt Handlungsspielraum von nationalen Regierungen ein

Aufgrund der Globalisierung geraten Nationalstaaten von verschiedenen Seiten zunehmend unter Druck. Von oben aufgrund der Tendenz zu politischen Verflechtungen auf internationaler Ebene durch supranationale Institutionen, von unten durch regionale Organisationen und von der Seite durch unabhängige Regulierungsbehörden. Diese Entwicklung führt zu weniger «*electoral responsiveness*»: weil sie mit einem Kompetenzverlust nationaler Parlamente (Winzen 2012; Afonso 2013; Fontana 2013) einhergehen, mit mehr Technokratisierung und einer Entpolitisierung einzelner Politikbereiche (Koch 2011), und weil damit neue Akteure wichtig werden, die explizit darauf ausgerichtet sind, nach professionellen und nicht nach politischen Kriterien zu entscheiden (Maggetti 2009; Maggetti und Papadopoulos 2017).

Medienlogik als Herausforderung

Die Medien nehmen in Demokratien seit jeher einen wichtigen Platz ein, indem sie die Kommunikationsprozesse zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Akteuren sicherstellen. Dabei folgen

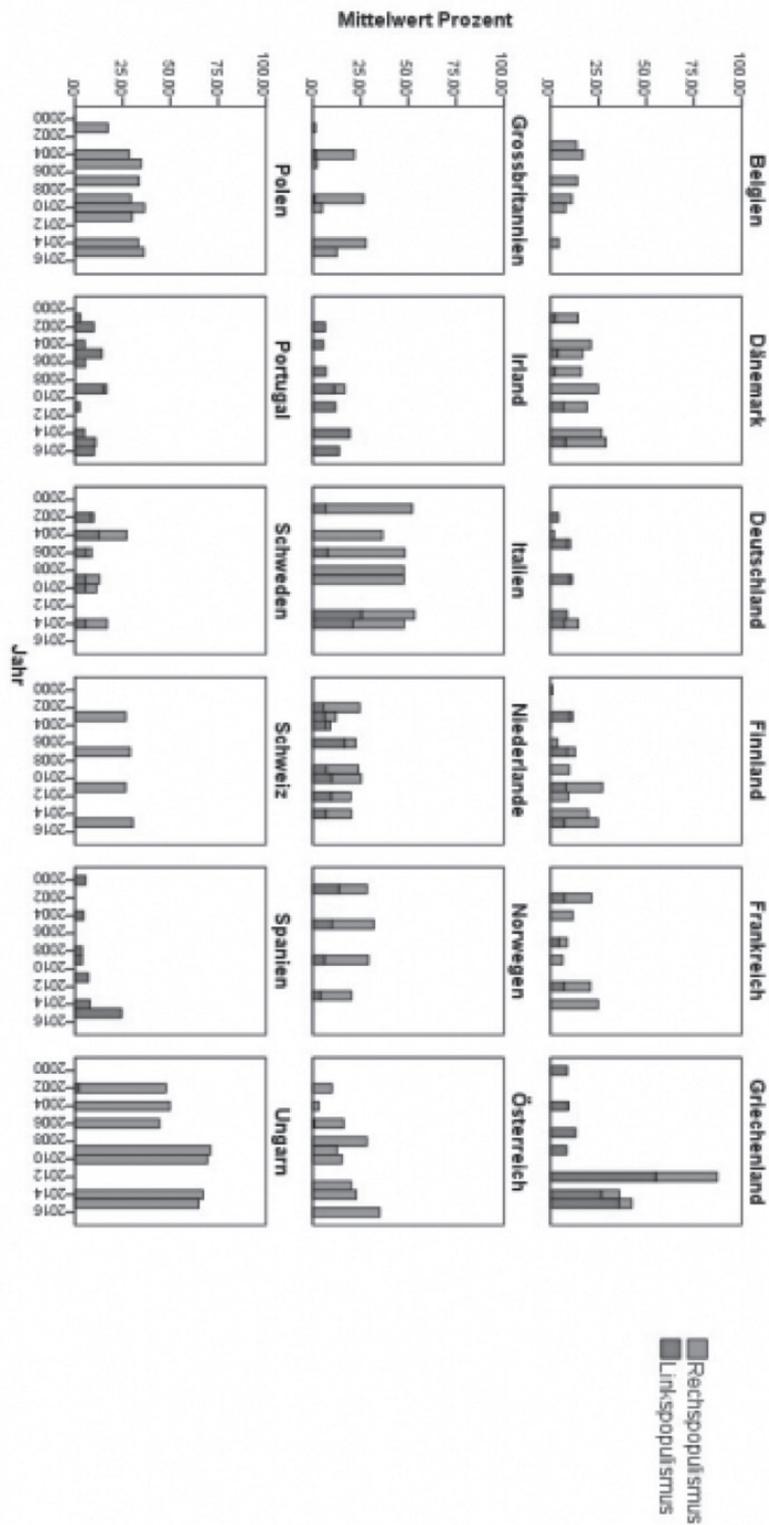


Abbildung 1: Wähleranteile populistischer Parteien in Europa (2000–2015)
 Quelle: Caramani (2015)

sie jedoch einer eigenen Logik, welche auf folgenden drei Faktoren beruht:

Erstens sind das die professionellen Standards, an welchen sich Journalistinnen und Journalisten orientieren. Die zunehmende Professionalisierung des Journalismus führt zu Interventionismus und Elitekritik (Esser und Umbricht 2014; Strömbäck und Esser 2009).

Zweitens haben Medienunternehmen kommerzielle Interessen. Um das eigene Produkt zu verkaufen, werden Dramatisierungen, Personalisierungen und die Depolitisierung der Berichterstattung vorangetrieben (Esser und Fretwurst 2016; Esser und Umbricht 2016).

Drittens sind technologische Aspekte zu nennen, d. h. die Zwänge der konkreten Kommunikationskanäle, über welche Informationen vermittelt und empfangen werden. Diesbezüglich ist klar festzustellen, dass Online-Kanäle die Gate-Keeper-Funktion der Medien deutlich reduzieren (Ernst et al. 2017).

Zudem zeigt sich – je länger, je mehr –, dass auch politische Akteure (d. h. sowohl Regierungen als auch Parteien und Interessengruppen) die Logik der Medien übernehmen. Sie behandeln die Kommunikation prioritär, und zwar häufig durch eine dafür geschaffene, zentrale Stelle, was wiederum mehr Personal und technische Investitionen verlangt (Donges und Vogel 2008; Brändli et al. 2014; Vogel 2010; Greuter 2014; Maggetti 2012).

Wie beeinflussen Globalisierung und Mediatisierung das Spannungsfeld zwischen Bürgernähe (responsiveness) und Verantwortung (responsibility)? Wie die Forschungsarbeiten zeigen, stärkt die Globalisierung die «governmental responsibility». Die zunehmenden Verflechtungen und Interdependenzen schränken den Handlungsspielraum der Regierenden ein und verlangen von ihnen, sich stärker an Abmachungen und Sachzwängen zu orientieren, anstatt am Willen ihrer Wählerschaft. Die Mediatisierung hingegen stärkt die «electoral responsiveness»: Der Druck zu mehr Bürgernähe steigt, d. h. zur Berücksichtigung der *öffentlichen Meinung*, unabhängig von Sachzwängen und Interdependenzen mit anderen Akteuren.

Wir können also festhalten, dass die beiden Prozesse das Grunddilemma demokratischen Regierens verstärken, weil sie gegenläufigen Druck im Spannungsfeld zwischen Bürgernähe und Regierungsverantwortung erzeugen. Es wird für die politischen Akteure immer schwieriger, die Kluft zwischen den beiden Prinzipien zu überbrücken, was zum Erfolg von Populismus führt.

Populismus

Als *Populismus* sehen Engesser et al. (2017) einen *Antagonismus* zwischen Volk (gut) und Elite (schlecht),

wobei die *absolute Volksherrschaft* propagiert wird und *Blockdenken* charakteristisch ist. Dabei greift der Rechtspopulismus auf den Nationalismus und der Linkspopulismus auf sozialistische Kategorien zurück.

Die Untersuchung des Populismus in den Medien von zehn Ländern (Wirth et al. 2016) hat ergeben, dass Populismus als Kommunikationsstil sehr präsent ist und der Nachrichtenwert populistischer Botschaften als hoch erachtet wird. Experimente zur Wirkung dieser Kommunikation auf die Leserschaft haben zudem gezeigt, dass emotionalisierte Botschaften durchaus Wirkung erzielen (Kühne und Schemer 2015) und Negativismus-Stereotype verstärken (Schemer 2012).

Aus diesem Grund sind Wählerinnen und Wähler vermehrt populistischen Botschaften ausgesetzt, weshalb der Wähleranteil populistischer Parteien seit der Jahrhundertwende zugenommen hat. Es gibt dabei auch einen statistischen Zusammenhang mit der steigenden Arbeitslosigkeit seit der Finanzkrise (Caramani 2015). Während sich in Nord- und Mitteleuropa besonders der Rechtspopulismus bemerkbar macht, ist es in Südeuropa und in Irland vor allem der Linkspopulismus, der Aufwind erhält.

Pessimistische und optimistische Beurteilung des Populismus

Fragt man nach der pessimistischen Einschätzung der Populismus-Welle, sieht man besonders in der *monolithischen Konzeption des Volkes*, die pluralistische Elemente der liberalen Demokratien gefährdet, eine Bedrohung. So kommen durch den Populismus vor allem Institutionen unter Beschuss, welche den *Pluralismus* befördern (Mohrenberg et al. 2017). In einer positiven und optimistischen Sichtweise kann der Populismus jedoch als eine «produktive Kraft» angesehen werden, die als *demokratisches Korrektiv* wirkt und so die Demokratie erneuert (Kriesi 2014). Durch die Forschungen des NCCR Democracy kann der Aufstieg des Populismus besser verstanden werden, besonders in Verbindung mit Globalisierung und Mediatisierung. Welche Auswirkungen der Populismus auf die Qualität der Demokratie(n) hat, muss derzeit jedoch noch offen bleiben.



Daniel Kübler

Daniel Kübler ist Professor für Demokratieforschung und Public Governance am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich, Direktionsmitglied des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) und Direktor des Nationalen Forschungsschwerpunktes «Demokratie» (NCCR Democracy).

Der Artikel erschien am 29. Juni 2017 in «Demokratisierung».

Literatur

Afonso, Alexandre (2013): *Social Concertation in Times of Austerity: European Integration and the Politics of Labour Market Reforms in Austria and Switzerland*, Amsterdam: Amsterdam University Press.

Caramani, Daniele (2015): *The Europeanization of Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.

Donges, Patrick und Martina Vogel (2008): Zwischen Zentralisierung und lose verkoppelten Koalitionen. Strukturveränderungen in Parteiorganisationen als Folge der Medialisierung, in: Sarcinelli, Ulrich und Jens Tenscher (Hrsg.): *Politikherstellung und Politikdarstellung*, Köln: Herbert von Halem Verlag.

Engesser, Sven; Ernst, Nicole; Büchel, Florin; Wettstein, Martin; Wirz, Dominique; Schulz, Anne; Müller, Philipp; Schemer, Christian; Wirth, Werner und Frank Esser (2017): Populism in the press: a comparative analysis of ten countries. *under review*.

Esser, Frank und Benjamin Fretwurst (2016): When news logic meets politics. A cross-national and cross-temporal investigation of key changes in public affairs coverage. *International communication association*.

Greuter, Nicole (2014): *Accountability without election. The attribution of responsibility in the financial crisis 2007–2010*. Baden-Baden: Nomos.

Koch, Philipp (2011): *Governancewandel und Demokratie in Schweizer Agglomerationen*. Baden-Baden: Nomos.

Kriesi, Hanspeter (2014): The populist challenge. *West European politics*, 37: 361–378.

Kühne, Rinaldo und Christian Schemer (2015): The emotional effects of news frames on information, processing and opinion formation. *Communication research*, 42: 387–407.

Maggetti, Martino (2009): The role of independent regulatory agencies in policy-making: a comparative analysis. *Journal of European Public Policy*, 16: 450–470.

Maggetti, Martino (2012): The media accountability of independent regulatory agencies. *European political science review*, 4: 385–408.

Maggetti, Martino und Yannis Papadopoulos (2017): The principal-agent model and independent regulatory agencies. *Political Studies Review*.

Mair, Peter (2009): *Representative versus responsible government*, Köln, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Mair, Peter (2011): *Bini Smaghi vs. the parties: representatives government and institutional constraints*, Florence, European University Institute.

Ruth, Saskia und Maria Spirova (Hrsg.): (forthcoming) *Clientelism and democratic governance in comparative perspective*, Colchester, ECPR Press.

Schemer, Christian (2012): The influence of news media on stereotypical attitudes towards immigrants in a political campaign. *Journal of communication*, 62: 739–757.

Strömbäck, Jesper und Frank Esser (2009): Shaping politics: mediatization and media interventionism, in: Lundby, K. (Hrsg.): *Concept, changes, consequences*. New York: Peter Lang.

Vogel, Martina (2010): *Regierungskommunikation im 21. Jahrhundert: Ein Vergleich zwischen Grossbritannien, Deutschland und der Schweiz*. Baden-Baden: Nomos.

Winzen, Thomas (2012): National parliamentary control of European Union affairs: a cross-national and longitudinal comparison. *West European Politics*, 35: 657–672.

Wirth, Werner; Esser, Frank; Wettstein, Martin; Engesser, Sven; Wirz, Dominique; Schulz, Anne; Ernst, Nicole; Büchel, Florin; Caramani, Daniele; Manucci, Luca; Steenbergen, Marco; Bernhard, Laurent; Weber, Edward; Hänggeli, Regula; Dalmus, Caroline und Christian Schemer (2016): The appeal of populist ideas, strategies and styles: a theoretical model and research design for analyzing populist political communication. *NCCR Working papers*. Zurich: NCCR Democracy.

« Y'A-T-IL À CRAINDRE DE NOUVELLES INÉGALITÉS, DE NOUVELLES MENACES ? »

Interview avec Thomas Gauthier

À titre personnel, pourquoi avez-vous souhaité vous engager au sein du comité de swissfuture?

Thomas Gauthier: swissfuture est ancrée profondément en Suisse alémanique. Là-bas, c'est une société savante et professionnelle reconnue. Mon intention est de contribuer à faire connaître swissfuture en Romandie et, partant, de contribuer à multiplier les liens entre francophones et germanophones intéressés par les questions touchant à l'avenir du pays, de la société, de l'environnement naturel, de l'économie etc. L'une des forces de la Suisse est sa diversité culturelle et linguistique. C'est probablement de cette même diversité que pourront naître des travaux prospectifs et des visions pour le pays qui lui permettront de continuer à rayonner.

Quelles sont les lignes de force qui vous paraissent structurantes pour l'avenir?

Il me semble difficile de répondre autrement qu'en citant le changement climatique et la nécessaire transition écologique qu'il nous faut de toute urgence engager. À titre personnel et professionnel, j'espère jouer le rôle d'un «cueilleur-passeur»: explorer sans cesse mon environnement à la recherche de signes d'espoir, de pratiques surprenantes puis les transmettre à mes étudiants, à mes collègues, aux personnes que je côtoie dans l'un ou l'autre de mes projets de recherche.

Né en France, vous avez étudié et travaillé à Paris, Boston, Seattle, Eindhoven et maintenant Genève. Quelles différences culturelles avez-vous remarqué? Y'a-t-il des approches différentes pour explorer et construire l'avenir?

Il me semble de plus en plus difficile d'opposer les peuples – américains vs. européens, peuples du nord vs. peuples du sud. Il me semble au contraire que les traits de fracture se situent plutôt entre d'un côté, celles et ceux qui ont la chance d'étudier, de voyager, de confronter leurs idées à celles des autres, et de l'autre, celles et ceux dont l'horizon est limité et qui n'ont pas l'opportunité d'étendre leur champ des possibles. Nous sommes de plus en plus nombreux, quel que soit notre port d'attache – Genève, Paris, Amsterdam, Seattle, Tokyo, Mexico etc. – à avoir commencé à développer une conscience planétaire, à nous sentir intimement liés non seulement les uns aux autres mais également avec la Nature. Finalement, ce que l'on peut appeler de nos vœux, c'est

peut-être l'émergence de ce «cerveau planétaire» que des auteurs ont théorisé il y a de cela plusieurs décennies déjà.

Que souhaitez-vous accomplir au sein de swissfuture?

A titre personnel, la découverte de la prospective a été pour moi un moment charnière dans ma vie. Ingénieur de formation, j'ai réalisé sur le tard l'importance – voire la nécessité – de ne pas se limiter aux approches cartésiennes pour faire face aux innombrables défis sociétaux, écologiques, technologiques etc. qui caractérisent la période actuelle. Avec la prospective, j'ai découvert qu'il était au contraire possible d'avancer en trouvant un équilibre entre raison et imagination, entre discipline et indiscipline. C'est cela que je souhaiterais partager avec celles et ceux qui se montreront intéressés.

Quelle est votre vision du développement à venir de swissfuture en Romandie?

Une fois l'association bien ancrée en Romandie, elle pourrait être associée de plus près aux formations et aux projets de recherche qui visent à former à la prospective et à perfectionner ses concepts, méthodes et outils. Rêvons un instant: et si, d'ici quelques années, nous célébrions toutes et tous la première Chaire d'enseignement et de recherche en prospective de Suisse, en partenariat avec... swissfuture !

Comment imaginez-vous que swissfuture puisse réussir à s'installer durablement dans le paysage romand?

Pour s'établir puis peut-être jouer un rôle dans la construction de l'avenir de la Romandie, swissfuture devra relever plusieurs défis. Le premier consistera à sensibiliser les organisations, publiques et privées, à l'importance de la prise en compte du temps long dans les décisions qu'elles doivent prendre. Le deuxième défi consistera à initier ces mêmes organisations aux concepts, aux méthodes et aux outils qui existent déjà et dont elles peuvent choisir de se saisir afin d'anticiper les transformations de leur environnement.

Selon vous, quels sont actuellement les principaux sujets de discussion en Romandie?

De nombreux sujets préoccupent les organisations, publiques et privées, en Romandie. La collaboration,

le co-développement et les échanges avec la France voisine sont souvent porteurs d'espoir pour le développement de la région, et parfois pointés du doigt par certains comme une menace pour le développement des cantons romands. La mobilité – en ville mais aussi sur de plus longues distances comme par exemple entre Genève et Lausanne – est aussi un enjeu important puisqu'il en va de la qualité de vie et de l'attractivité de la région. Dans le même registre, le système de santé et les inégalités d'accès aux soins préoccupent les décideurs et les habitants de la région: comment garantir des soins pour tous dans un contexte de croissance démographique, de vieillissement de la population et de tarissement des ressources publiques? Pour finir, deux faits porteur d'avenir qui, pour le moment, ne sont peut-être pas aussi largement connus que les éléments évoqués juste avant. Premièrement, quelle place la Romandie pourrait-elle être amenée à jouer dans la transformation numérique globale qui affecte tous les secteurs d'activités, toutes les régions, toutes les transactions de la vie quotidienne ? J'ai la conviction que le terreau législatif combiné avec le savoir-faire des acteurs de la région (notamment les banques, les assurances etc.) pourrait permettre à la Romandie de tirer son épingle du jeu dans un monde de plus en plus en prise avec des cyberattaques de grande envergure et des questions critiques en matière de gouvernance et de protection des données. Deuxièmement: Genève, lieu symbolique, s'il en est, de la protection des droits de l'Homme, pourrait jouer un rôle particulier tandis que lesdits droits continuent d'être menacés par les guerres, les famines, les exodes etc. et pourraient l'être d'une toute autre façon, par le développement exponentiel et la convergence des technologies de l'information, des biotechnologies, des nanotechnologies et des sciences cognitives. Certains prédisent l'avènement prochain d'une nouvelle humanité, d'une transhumanité. Qu'est-ce que cela pourrait signifier pour l'Homme et pour l'humanité ? Y'a-t-il à craindre de nouvelles inégalités, de nouvelles menaces ? Ces questions seront tôt ou tard à l'agenda des gouvernants. Faisons en sorte, à la hauteur de nos moyens, que ces discussions prennent place non loin d'un célèbre jet d'eau...



Thomas Gauthier

Prof. Dr. Thomas Gauthier est professeur à la Haute école de gestion de Genève et à emlyon business school. Il enseigne la stratégie d'entreprise et la prospective. Auparavant, T. Gauthier a travaillé une dizaine d'années dans le secteur de l'imagerie médicale, d'abord aux États-Unis puis aux Pays-Bas. Il est docteur en médecine expérimentale de l'Imperial College de Londres. Il est également diplômé du MIT et de l'École supérieure de physique et chimie industrielles de Paris.

SINOMARXISMUS: UNBEKANNTE ANTRIEBSKRAFT IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA

Die westliche Sicht auf China ist in Bezug auf dessen Entwicklungen in der Regel einem phänomenologischen, auf «Fakten» basierenden Ansatz verhaftet, weniger einem normativwissenschaftlichen. Doch wertet man auch Dokumente der Kommunistischen Partei Chinas aus und analysiert das chinesische Gesetzesrecht, zeigt sich, dass nicht so sehr der chinesische Staat, sondern vor allem die Partei die zentralen Politnormen setzt und dabei einer bestimmten Denkschule folgt, die sich als Sinomarxismus bezeichnen lässt.

Keywords: Sinomarxismus, Marxismus-Leninismus, Mao Zedong, Kommunistische Partei Chinas, Parteinormen, Marx, Engels

Harro von Senger

Bei der Beurteilung der Volksrepublik China (VRCh) pflegt man im Westen den *phänomenologischen* Ansatz zu bevorzugen. Man zieht Schlüsse aus Phänomenen, also aus «Fakten». Diese werden durch Reisen und Augenschein vor Ort, Interviews, Feldforschungen, gestützt auf Fallbeispiele und Statistiken etc., ermittelt und anhand westlicher politologischer, soziologischer oder ökonomischer Modelle im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen in der VRCh analysiert. Gemäss einem zweiten, im Westen unüblichen *normativwissenschaftlichen* Ansatz studiert man die in Dokumenten der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) und im chinesischen Gesetzesrecht festgelegten amtlichen Planungen und zieht daraus Schlüsse auf die Zukunft der VRCh. Diese Vorgehensweise stützt sich auf die Annahme, dass das offensichtlich durchsetzungsstarke Regime mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit seine Ziele in etwa erreichen wird. Die Effizienz der chinesischen politischen Führung ist ziemlich unbestritten. Immer wieder wird beispielsweise darauf hingewiesen, dass sie innert 35 Jahren Hunderte Millionen von Menschen aus der Armut befreit habe.

Politnormen und die sinomarxistische Richtschnur des Handelns

Die chinesischen amtlichen Planungen werden durch Normen gesteuert. Sie schreiben vor, was in welchen Bereichen geschehen soll. Die wichtigsten Weichenstellungen nimmt nicht der chinesische Staat mittels Gesetzen und Verordnungen, sondern die KPC mittels der von ihr gesetzten Normen vor. Es sind dies mit zunehmender Langzeitwirkung die Politnormen, die Polaritätsnormen, die politische Linie und die Grundlinie der KPC. Die Parteinormen wiederum werden keineswegs «pragmatisch», wie im Westen immer wieder behauptet wird, sondern gestützt auf eine bestimmte Denkschule festgelegt. Dazu heisst

es in der Satzung der KPC vom 14.11.2012:

«Die KPC betrachtet den Marxismus-Leninismus, die Mao-Zedong-Ideen, die Deng-Xiaoping-Theorie, die wichtigen Ideen des ›Dreifachen Vertretens‹ und das wissenschaftliche Entwicklungskonzept als die Richtschnur ihres Handelns.»

An erster Stelle richtet sich die KPC laut ihrer Satzung nach dem Marxismus-Leninismus, also nach einer Doktrin zweier Deutscher (Marx und Engels) und eines Russen. Danach werden chinesische Beiträge aufgeführt. Zusammenfassend kann man von «Sinomarxismus» sprechen.

Wie funktioniert nun die sinomarxistische «Richtschnur des Handelns»? Hierzu ein Beispiel. In seiner Schrift «Über den Widerspruch» aus dem Jahr 1937 schreibt Mao Zedong:

«Wenn ein Prozess mehrere Widersprüche enthält, muss einer von ihnen der Hauptwiderspruch sein, der die führende und entscheidende Rolle spielt, während die übrigen nur eine sekundäre untergeordnete Stellung einnehmen. Seine Existenz und seine Entwicklung bestimmen oder beeinflussen die Existenz und Entwicklung der anderen Widersprüche. Infolgedessen *muss* man sich beim Studium eines komplizierten Prozesses, der zwei oder noch mehr Widersprüche enthält, die grösste Mühe geben, *den* Hauptwiderspruch herauszufinden. Sobald dieser festgestellt ist, kann man alle Probleme leicht lösen.»

Genau nach dieser «Richtschnur des Handelns» hat die KPC in ihrer Satzung *den* Hauptwiderspruch festgelegt:

«In der gegenwärtigen Etappe ist *der* Hauptwiderspruch in der chinesischen Gesellschaft der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und

kulturellen Bedürfnissen des Volkes und der rückständigen gesellschaftlichen Produktion.»

Die Lösung des Hauptwiderspruchs

Den alle «Nebenwidersprüche» (wie die Widersprüche mit anderen Staaten betreffend Inseln im Südchinesischen Meer) dominierenden Hauptwiderspruch definiert die KPC nicht, um die VRCh besser zu verstehen, sondern um sie zu verändern. Die Veränderung der VRCh geschieht durch die Lösung des Hauptwiderspruchs. Die Lösung des Hauptwiderspruchs war seit 1978 die Hauptaufgabe der 1,3 Milliarden Chinesen. So kann die den Westen verblüffende rasante Entwicklung der chinesischen Wirtschaft seit dem Tode Maos darauf zurückgeführt werden, dass es der KPC gelang, gestützt auf die sinomarxistische «Richtschnur des Handelns», alle Kräfte auf die Lösung des Hauptwiderspruchs mit dem Schwerpunkt auf der Befriedigung der «materiellen Bedürfnisse des Volkes» zu fokussieren.

Auch noch in vielen anderen Bereichen wirkt sich der Sinomarxismus aus. Darüber geben Auskunft das Buch *Maoismus oder Sinomarxismus?* (Hg.: Harro von Senger, Marcel Senn), Stuttgart 2016, und das Kapitel «Sinomarxismus» in H. v. Sengers Buch *Moulüe – Supraplanung*, München 2008; s. auch: www.supraplanung.eu, www.36strategeme.ch



Harro von Senger

Dr. iur. Dr. phil. Rechtsanwalt Harro von Senger, Prof. em. für Sinologie an der Universität Freiburg i. Br., verfasste das erste westliche Buch über die 36 Strategeme (*Strategeme*, Fischer TB 2011), das erste westliche Buch über Moulüe (*Supraplanung*, Hanser 2008) und die erste Schweizer Übersetzung von *Meister Suns Kriegskanon* (Reclam 2011). Seine Bücher wurden in 14 Sprachen übersetzt.
www.36strategeme.ch
www.supraplanung.eu.



ABSTRACTS

Regula Stämpfli

«IT'S DEMOCRACY, STUPID!»

At the moment, fundamental democratic rights are being abrogated globally and right-wing populists are growing in number. Many countries are heading on an authoritarian course long thought to be a thing of the past. This dangerous phase is accompanied by a dominant elite, that regard people as capital, that they can best control, calculate and sell with the help of Big Data (and Silicon Valley). – We need Utopias and alternatives urgently now.

Keywords: Democracy, Elite Theories, Silicon Valley, Big Data, Hashtag, Facebook, Media Democracy, Economisation, Swiss Federal Constitution, the Humanities

Page: 4

Nicola Forster and Maximilian Stern

A SHORT HISTORY OF FUTURE DEMOCRACY

You are one of 10 million parliamentarians in Switzerland and work with the new tools of democracy for the future of our society. Since 2017, our political system has at long last developed a digital infrastructure of democracy and is developing from a voting democracy to a participative one.

Keywords: Voting Democracy, Participative Democracy, Direct Democracy, Digital Voting Rights, Tools of Democracy, Social Media

Page: 9

Kacem El Ghazzali

DER ARABISCHE FRÜHLING UND DER GLOBALISIERUNGSSCHOCK: VON NAPOLEON ZU ZUCKERBERG

Wenn wir uns mit der Zukunft der Demokratie in der arabischen Welt beschäftigen, sind wir mit einem grundlegenden Problem konfrontiert: Wie können wir uns mit der Zukunft befassen, deren Kernidee noch gar nicht geboren ist und deren grundsätzliche Erfahrungen noch nicht gemacht wurden? Während Europa heute eine kritische Analyse über Demokratisierungsprozesse und ihre Zukunftspotenziale lancieren möchte – ganz besonders in Anbetracht der neuen Rechten, des Brexits und Trumps –, wird auf der südlichen Seite des Mittelmeers, in der arabischen Welt, eine ganz andere Diskussion geführt: eine über die Abwesenheit von grundsätzlichen Erfahrungen mit der Demokratie.

Keywords: Arabische Demokratie, Globalisierung, Politischer Islam, Modernität, Liberale Revolution, Internet

Seite: 11

Daniel Stanislaus Martel

INFORMED CRITICAL CITIZENS – FUNCTIONING DEMOCRACY?

The «transparent» individual as economic subject and object as well as member of the constitutive people is the guiding principle of the most diverse lines of thought. This often involves a fear of the termination of the private sphere. For the adept, data traces are easily picked up on; their use strengthens the position of those in power, not only via criminal machinations. By contrast, a different postulate now emboldens the citizen. Thanks to this plethora of data a great deal about these «controls» can be discovered and made widespread. This should be the citizen's best defence. Privacy protection and freedom of information are elements of democracy, guidelines to their use are less clear. What will these be like in the future?

Keywords: Private Sphere, Freedom of Information, Fake News, Disinformation, Data Abuse, Spyware

Page: 14

Yana Milev

THE DISCONNECTED: BLIND SPOTS IN SOCIETY'S MIDST

Protest is visible again, particularly in East Germany when since the Fall of the Wall in 1989 it is clear that not everybody feels to be a winner. Four decades of GDR dictatorship was followed by Western democracy and radical societal change – for which the great majority of East Germans were not in the slightest prepared. In her contribution, Yana Milev sheds light on the «disconnected»; those who feel stranded in their own country.

Keywords: Society Breakdown, Democracy, Migration, Capitalism, Neo-liberalism, East Germany, Future

Page: 17

Nicolas Zahn

POLITICAL MOVEMENTS AS ACTORS OF THE FUTURE

Founded in 2013 following the acceptance of the mass immigration initiative, Operation Libero has become a strong political power and has become well known to most observers in the meantime. It wishes to tap its successes into the future and enrich the political landscape.

Keywords: Democracy, Operation Libero, Flat Hierarchies, Campaign Movements, Online Petitions, Mass Immigration Initiative

Page: 22

Daniel Kübler

HOW GLOBALISATION AND MEDIATISATION ARE CHANGING OUR DEMOCRACIES

For twelve years the primary national research subject of Switzerland's National Centre of Competence in Research (NCCR) has investigated how, in the course of globalisation, democracy has been altered. Focusing in particular on how the increase of populists in democracies can be explained and what role the changing media environment has played in it.

Keywords: NCCR Democracy, Populism, Globalisation, Mediatisation, Pluralism

Page: 24

Harro von Senger

SINO-MARXISM: UNKNOWN DRIVING FORCE IN THE PEOPLE'S REPUBLIC OF CHINA

The Western perspective on China regarding its developments is usually rooted in a phenomenological approach based on «facts», less than a normative academic one. But when evaluating communist party documents and analysing Chinese legal rights, it becomes clear that it is not so much the Chinese State, but the Party, above all, that institutes central political norms and, in so doing, follows a certain school of thinking that can be termed Sino-Marxism.

Keywords: Sino-Marxism, Marxist-Leninism, Mao Zedong, Communist Party of China, Party norms, Marx, Engels

Page: 30

VERANSTALTUNGEN

Schweizerische Asiengesellschaft (SAG) und Schweizerische Gesellschaft für Religionswissenschaft (SGR)

«Der Islam als öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft in der Schweiz? Eine Debatte zwischen Wissenschaft, Politik und Verbänden»

Freitag 20. Oktober 2017, 9 bis 19 Uhr — Uni Bern, Uni S, Schanzeneckstrasse 1, Salle: A 003

http://www.lasuissexistepas.ch/events/4_Islam_oeffentl_rechtl_Religionsgem.html

Think Tank Swissfuture

«DigiDemocracy»

Freitag 20. Oktober, 18 bis 20 Uhr

Raum ZT 7.D04

Zürcher Hochschule der Künste | Toni Areal

Pfingstweidstrasse 94

8005 Zürich

Anmeldung auf: www.swissfuture.ch

Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und Institut für Theorie (ITH)

«Tag der Forschung»

17. November 2017, 10 bis 21 Uhr

Ausstellungen, Podiumsgespräch und Forschungs-Slam

Toni-Areal, Pfingstweidstrasse 96, Zürich

<https://www.zhdk.ch/veranstaltung/32655>

LaFutura 2017

«Everything is bigger in Dubai»

20. bis 21. November 2017

Dubai

www.lafutura.org/event/

EUROFORUM Masterclass

«FUTURE TECH & TRENDS in one day»

mit Futurist und Autor Gerd Leonhard

24. November 2017, 09:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Gottlieb Duttweiler Institute, Rüschlikon

<http://www.euroforum.ch/leonhard/>

swissfuture

«**Future Talk**»

mit Florian Egli, foraus

7. Dezember 2017, 17:30 Uhr

Zürcher Hochschule der Künste | Toni Areal

Pfingstweidstrasse 94

8005 Zürich

14. Europäischer Trendtag

GDI Gottlieb Duttweiler Institut

14. März 2018

<https://www.gdi.ch/de/Think-Tank/Veranstaltungen/14.-Europaeischer-Trendtag>

Zitate im Text

Für eine Literaturangabe ist in Klammern der Nachname des Autors, das Publikationsjahr sowie (im Fall von direkten Zitaten in Anführungszeichen) die Seitenzahl anzugeben. Wird der Name des Autors bereits im Text genannt, wird nur das Publikationsjahr (und die Seitenzahl) in Klammern angegeben. Beispiele:
...Goffman (1974: 274-275)...

Literaturverzeichnis

Im Literaturverzeichnis werden alle zitierten Werke aufgeführt. Es ist alphabetisch nach den Nachnamen der AutorInnen zu ordnen, deren voller Namen angegeben werden sollte. Zwei oder mehr Werke desselben Autors/derselben Autorin sollten chronologisch nach Publikationsjahr geordnet werden. Beispiele:

Monographie – ein Autor bzw. eine Autorin

Goffman, Erving (1974): *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrung*. Frankfurt: Suhrkamp.

Monographie – zwei oder mehr Autoren oder/und Autorinnen

Berger, Peter L. und Thomas Luckmann (1966): *The social construction of reality: A treatise in the Sociology of Knowledge*. Garden City, NY: Anchor.

Sammelband

Maso, Ilja (2001): *Phenomenology and Ethnography* (136-174), in: Paul Atkinson, Amanda Coffey, Sara Delamont, John Lofland und Lyn Lofland: *Handbook of Ethnography*. London: Sage.

Zeitschriftenartikel – ein Autor bzw. Autorin

Albert, Ernest (2011): *Über Backlash, Neukonstellationen und einige Schweizer Wertentwicklungen*, in: *swissfuture* 01/11: 4-7.

Zeitschriftenartikel – zwei oder mehr AutorInnen

Jensen, Carl J. und Bernhard H. Lewin: *The World of 2020: Demographic Shifts, Cultural Change and Social Challenge*, in: *swissfuture* 01/09: 36-37.

Zeitungsartikel

Wehrli, Christoph (22. Juli 2011): *Vielfalt und Gleichheit im Einwanderungsland* (S. 11). Zürich: Neue Zürcher Zeitung.

Artikel in elektronischer Form – Zeitschrift

Schnettler, Bernd (2002): *Review Essay – Social Constructivism, Hermeneutics, and the Sociology of Knowledge*, in: *Forum Qualitative Sozialforschung* 3(4), <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/785> (27. Juli 2011).

Artikel in elektronischer Form – Zeitung

Dätwyler, Tommy (27. März 2008): *Neues Leben auf alten Inkapfaden*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, http://www.nzz.ch/magazin/reisen/neues_leben_auf_alten_inkapfaden_1.695490.html (27. Juli 2011).

Auf einer Website veröffentlichte Informationen

Bundesamt für Statistik (2010): *Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz 2010 2060*. Neuenburg: BFS. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.html?publicationID=3989> (27. Juli 2011).

**DEMOCRACY
IS A FAILED
SYSTEM**





swissfuture

Schweizerische Vereinigung für Zukunftsforschung
Société Suisse pour des études prospectives
Swiss Society for Futures Studies



Mitglied der Schweizerischen Akademie
der Geistes- und Sozialwissenschaften
www.sagw.ch